# Delegation der KPD/ML aus Albanien zurück

Beilage

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 51 vom 21. Dezember 1974 | 8. Jahrgang | 50 Pfennig

## Bonner "Konjunkturprogramm" gegen die Arbeitslosigkeit?

# Milliarden für die Profite der Monopole

**800 000 Kollegen ohne Arbeit, über 460 000 Kurzarbeiter – das sind nur die von der sogenannten Bundesanstalt für Arbeit ausgegebenen offiziellen Zahlen. Und selbst die Bonner Regierung kann nicht mehr verheimlichen, daß die Arbeitslosigkeit noch weiter ansteigen wird und spricht davon, daß die Zahl der arbeitslosen Kollegen sich noch im Laufe der Wintermonate auf über eine Million erhöhen wird. In Wirklichkeit muß man davon ausgehen, daß die Arbeitslosenzahl auf weit über eine Million ansteigen wird. In dieser Situation hat die Bonner Regierung ein sogenanntes „Konjunkturprogramm" beschlossen, durch das angeblich die Arbeitslosigkeit bekämpft werden soll. Tatsächlich aber subventioniert Bonn mit 10 Milliarden die Profite der Monopole.**

So behauptet die Regierung, sie wolle der Arbeitslosigkeit in der Bauindustrie entgegenwirken und darum habe sie bestimmte Steuerbegünstigungen beschlossen, um die Halde von rund 200 000 leerstehenden Wohnungen abzubauen. Die 200 000 leerstehenden Wohnungen sind Eigentumswohnungen, die Hunderttausende kosten und die sich ein Werktätiger gar nicht leisten kann, auch nicht, wenn sie „steuerbegünstigt" sind. Für die Werktätigen herrscht Wohnungsnot, aber bezogen auf die zahlungsfähige Nachfrage ist überproduziert worden. Die sogenannten „Bauträgergesellschaften", die als „Bauherren' auftraten, sind inzwischen zu einem großen Teil bankrott bzw. stehen vor dem Ruin. Die Baufirmen, die für sie gearbeitet haben, sind ebenfalls pleite oder nahmen in großem Umfang Massenentlassungen vor. Die Kollegen liegen auf der Straße. Als angebliche Gegenmaßnahme gegen die Arbeitslosigkeit hat die Bundesregierung beschlossen, die Steuervergünstigungen, die bislang für den Ersterwerb von Wohnungen galten, nun auch auf den Zweiterwerber auszudehnen. Als „Ersterwerber" treten in der Regel die bereits erwähnten „Bauträgergesellschaften" auf, in denen häufig die Banken mitmischen und die über die Steuervergünstigungen zusätzliche Kasse machcen. Und wer soll jetzt die Vergünstigungen als Zweiterwerber einstreichen? Die „Süddeutsche Zeitung" vom 13.12. schreibt: „*Dies bedeutet, daß fertiggestellte Bauprojekte, für die ein Bauträger keine Käufer findet, auch von einem Kreditinstitut oder einem anderen Zwischenkäufer übernommen werden können, ohne daß der Zweiterwerber den Anspruch auf Abschreibungsmöglichkeiten verliert.*" Damit ist die Katze aus dem Sack: die Banken, die zunächst groß in die Bauspekulation eingestiegen sind, dann durch die Kündigung der Kredite den Pleitegeier in der Bauindustrie gehegt und gepflegt haben, werden nun mit Steuermillionen subventioniert, kaufen die Wohnungen zu einem wegen der gering gen Nachfrage relativ niedrigen Preis. Durch die vielen Pleiten in der Bauindustrie werden im Moment nur noch relativ wenige Wohnungen gebaut, sodaß abzusehen ist, daß in Kürze die Nachfrage wieder steigt und die Banken die Wohnungen zu einem höheren Preis weiterverkaufen können. Unter der Fahne des **„Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit" wird den Banken also in Wirklichkeit die Möglichkeit eingeräumt, doppelt von der Krise der Bauindustrie zu profitieren.** Neben den Banken sollen die großen Baukonzerne wie die „Neue Heimat" subventioniert werden und gleichzeitig werden ihnen auch noch für rund 600 Millionen DM Staatsaufträge zugeschanzt.

Fortsetzung auf Seite 4

## 95. Geburtstag J. W. Stalins Seite 5



**Weltjugendfestspiele 1951 in Ostberlin: Genosse Stalin war ein Führer, der vom Volk geliebt und geachtet wurde.**

### NATO-Tagung

# Im Zeichen wachsender Kriegsgefahr

Wenige Wochen nach dem Treffen der beiden Supermächte, der USA-Imperialisetn und der sowjetischen Sozialimperialisten, in Wladiwostok, fand die diesjährige Tagung der Nato statt. Während Breschnew und Ford, vor allem unterstützt von den modernen Revisionisten, ihr letztes, in Wladiwostok getroffenes Abkommen als Beitrag zu Abrüstung und Frieden verstanden haben wollen, beweist auch diese Natotagung, daß Wladiwostok im Gegenteil ein Meilenstein zu weiterer Aufrüstung, zur weiteren Kriegsvorbereitung, zur weiteren Bedrohung der Völker war.

Über die revisionistische Nachrichtenagentur Tass war dieser Tage zu erfahren, daß die Sozialimperialisten zwischen dem 12. und 30. Dezember Raketenversuche im Stillen Ozean durchführen werden. Die USA-Imperialisten ließen sich von der amerikanischen Abgeordnetenkammer 85,9 Millionen Dollar für den Bau neuer Panzer und 3 Milliarden Dollar für die Festigung und Verstärkung ihrer Militärstützpunkte bewilligen. Aber die beiden Supermächte treiben nicht nur selber die Kriegsvorbereitungen voran, sondern verlangen auch von ihren „Verbündeten" einen verschärften Aufrüstungskurs für ihre jeweiligen hegemonistischen Interessen.

Die westdeutschen Imperialisten haben dabei die schäbige Rolle des Gendarmen und Anpeitschers für die westeuropäischen Länder übernommen. Kurz vor der Natotagung fuhr Kanzler Schmidt vor allem zu diesem Zweck in die USA. Dort bescheinigte er nicht nur den US-Imperialisten ihren „Führungsanspruch", sondern erklärte sich gleichzeitig bereit, den „kleinlichen Interessenstreit", wie er die Widersprüche zwischen den USA-Imperialisten und den europäischen Imperialisten nannte, zurückzustellen, damit einheitliches politisches Handeln gegenüber den arabischen Ländern möglich sei. Wörtlich sagte er vor Vertretern des amerikanischen Finanzkapitals: „Wir dürfen nicht am Ufer stehenbleiben und zuschauen, wenn andere ertrinken, und uns damit begnügen, ihnen zuzurufen: 'Lernt

Fortsetzung auf Seite 8

### Schmidt in Washington und Paris

# Grossmacht-Gebaren der BRD-Imperialisten

**Bevor der westdeutsche Kanzler Schmidt zum EG-Gipfel nach Paris reiste, fuhr er nach Washington, um von Präsident Ford noch einmal die politischen Wünsche des US-Imperialismus entgegenzunehmen. Ford betonte vor allem die Forderung des US-Imperialismus, eine gemeinsame Front des Imperialismus gegen die Erdölländer zu schaffen, um gemeinsam gegen sie vorzugehen.**

Wie dieses Vorgehen aussehen soll, demonstrierte zu gleicher Zeit der US-Flugzeugträger „Constellation", der im arabischen Golf kreuzte mit 1500 Soldaten des Marinekorps an Bord, der amerikanischen Spezialtruppe für Lande-Unternehmen.

Schmidt sagte im Verlauf des Gesprächs zu, sich in Westeuropa, insbesondere bei den französischen Imperialisten, für eine weltweite Front unter Führung des US-Imperialismus einzusetzen.

Ford belohnte ihn entsprechend, indem er den westdeutschen Imperialismus vor der Weltöffentlichkeit als engsten Verbündeten, mit dem man bestens zusammenarbeite, hochspielte.

Kanzler Schmidt, als Vertreter der westdeutschen Imperialisten, nutzte die Situation weidlich. Er selbst zeichnete ein Bild, wie er die Beziehungen zwischen Bonn und Washington sieht: „Der deutsche David ist auf den Stuhl geklettert, damit er überhaupt dranreicht und klopft von da aus dem amerikanischen Goliath auf die Schulter und sagt: 'Wir beide werden das schon machen' ". Dieses Bild gibt tatsächlich etwas wieder von der Großschnäuzigkeit, die Schmidt an den Tag legte. Wie ein gleichrangiger imperialistischer Partner gab er den US-Imperialisten öffentlich diese und jene Empfehlung, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, diesen und jenen Ratschlag für ihre Politik, wobei er zugleich über die westeuropäischen Imperialisten her-

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT:

Zionisten planen Aggressionskrieg ........ S.2
Honnecker spricht im Interesse Moskaus ........ S.2
Rationalisierung bei der Bundesbahn ........ S.3
Bombendrohung als Vorwand ...... S.3
Niederlage für Thyssen ........ S.3
Trotzkistische Hetze der GRF-Führer gegen die VR Albanien. ....S.4
Lied über Stalin ........ S.5
Angriffe auf Stalin sind Angriffe auf den Marxismus-Leninismus ........ S.5
RAF-Gefangene mit Zwangsernährung gefoltert ........ S.6
Richter droht mit KSB/ML-Verbot ........ S.6
Zeugen aus der Bevölkerung verhalfen zum Erfolg ........ S.6
Erklärung der RAF-Gefangenen ....S.6
Algerien: Vor 20 Jahren begann der Volkskrieg ........ S.7
Nieder mit dem Schah-Regime! .....S.8

## Bombenterror gegen palästinensisches Volk

# Zionisten planen Aggressionskrieg

**Die israelischen Zionisten setzen die Aggressionen gegen die arabischen Staaten, besonders gegen den Libanon, ihre Politik des Völkermordes gegen das palästinensische Volk fort, sie rasseln mit den Waffen und halten provokativ Manöver von Panzer- und Fallschirmjägereinheiten auf den Golan-Höhen an der Grenze zu Syrien ab. Die israelischen Zionisten bereiten fieberhaft einen neuen Aggressionskrieg gegen die arabischen Völker und besonders gegen das palästinensische Volk vor und wollen sie durch Mord und Drohungen einschüchtern und den Kampf für die Befreiung des palästinensischen Volkes unterdrücken.**

Um ihre Ziele zu erreichen, führten die israelischen Zionisten am 10. Dezember einen Überfall auf das Hauptquartier der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO in Beirut durch, indem sie es mit amerikanischen Raketen beschossen, die auf den Dächern abgestellter Autos installiert waren. Nur durch Zufall forderte dieser Mordanschlag auf das Leben der Vertreter des palästinensischen Volkes keine Opfer. Dieser Anschlag trug so deutlich die Handschrift des zionistischen Geheimdienstes, daß die Lügen der bürgerlichen Presse über einen Anschlag mit der PLO unzufriedener palästinensischer Gruppen schnell zusammenbrachen.

Wenige Tage später drangen israelische Flugzeuge in den Luftraum des Libanon ein und bombardierten fünf Lager der Palästinenser mit Raketen und Sprengbomben. Kurz darauf flogen die Zionisten einen ähnlichen Angriff auf eine Stadt und mehrere Lager im Südlibanon. **Die israelischen Zionisten warfen ihre Bomben auf Lager, in denen alte und junge Menschen, Männer Frauen und Kinder dichtgedrängt zusammenwohnen, in der vollen Absicht, möglichst viele Menschen umzubringen.** Nur die Wachsamkeit der palästinensischen Patrioten, die die Lager teilweise evakuiert hatten und zwei Flugzeuge der israelischen Banditen abschossen,verhinderte ein Blutbad. Dennoch verletzten die Zionisten viele Menschen schwer und ermordeten eine Frau. **Die Terrorangriffe der israelischen Zionisten sind feiger, faschistischer Völkermord, wie ihn Hitler betrieb, wie ihn die USA-Imperialisten in Indochina betreiben.**

Nach den Überfällen erklärte der Informationsminister Israels, daß sein Land **„die Terroristen in allen ihren Hauptquartieren und Konzentrationen erreichen und schlagen muß, so gut es geht" Die israelischen Zionisten bezeichnen ein ganzes Volk als „Terroristen" und „Mörder", weil es nicht bereit ist, Knechtschaft, Ausbeutung und die Besetzung seiner Heimat hinzunehmen, weil es die Waffen in die Hand genommen hat und für seine Befreiung kämpft.** Aber sie mögen sich noch so bemühen, die Tatsachen zu verdrehen, in Wirklichkeit sind sie die Verbrecher und Mörder.

Die Gefahr, die von den Zionisten ausgeht, kann aber nicht ihre wirkliche Schwäche verdecken. Der Kampf des palästinensischen Volkes hat in der ganzen Welt Unterstützung gefunden und versetzt den Zionisten heftige Schläge. Im Oktoberkrieg des letzten Jahres haben die arabischen Völker den Mythos von der Unbesiegbarkeit Israels für immer zerstört. Auch die Rückendeckung der beiden Supermächte, der US-Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten für die Zionisten wird den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes nicht unterdrücken können.

## Gegen unser Volk, gegen den Frieden

# Honnecker spricht im Interesse Moskaus

**Die DDR-Regierung hat der Bundesregierung eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die, wie es heißt, den „Prozeß der internationalen Entspannung fördern" und zur weiteren „Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik" beitragen sollen. Und Bundeskanzler Schmidt schwärmte in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag, der ,Handel zwischen der Bundesrepublik und der DDR sei politisch und wirtschaftlich ein bedeutendes Band zwischen den beiden deutschen Staaten." In Wirklichkeit aber geht es weder um „Frieden und Entspannung", noch um die "Einheit Deutschlands". Es geht um die Ausplünderung der DDR durch die sowjetischen Sozialimperialisten, es geht um die aggressiven Ziele dieser imperialistischen Supermacht, besonders in Westeuropa, und es geht um die revanchistischen Interessen der westdeutschen Imperialisten.**

Besonders hervorgehoben wurde der Wegfall des Zwangsumtausches für Rentner, die in die DDR reisen wollen und andere „Erleichterungen" für DDR-Besucher. Hauptsächlich die sowjetischen Sozialimperialisten spekulieren offensichtlich darauf, mit diesen sogenannten „Erleichterungen" den Wunsch des deutschen Volkes nach nationaler Einheit zum Schweigen bringen zu können. Die neuen Zaren im Kreml, die jetzt durch ihre Ostberliner Vasallenclique die Abschaffung des Zwangsumtausches für Rentner verkünden lassen, haben erst vor kurzem die „These der zwei deutschen Nationen" in die DDR-Verfassung aufnehmen lassen. Sie haben damit in aller Deutlichkeit gezeigt, daß sie die Spaltung der deutschen Nation auf jeden Fall aufrecht erhalten, die DDR solange es ihnen möglich ist, in neokolonialer Abhängigkeit halten wollen.

Während sie so den berechtigten Wunsch des deutschen Volkes nach nationaler Einheit unterdrükken und niederhalten wollen, leisten sie dem Revanchismus des westdeutschen Imperialismus unverhohlen Vorschub. So behandelt ein Großteil der Vorschläge, die Honnecker im Auftrag der neuen Zaren den westdeutschen Imperialisten gemacht hat, nicht etwa die Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR, sondern Fragen der Beziehung Westberlins zur DDR. **Wie schon oft räumen die Sozialimperialisten den westdetuschen Imperialisten das Recht ein, für Westberlin zu sprechen und geben so den revanchistischen Bestrebungen des westdeutschen Imperialismus Schützenhilfe, sich Westberlin, das auf dem Territorium der DDR liegt, vollends einzuverleiben.**

Das Paktieren mit dem Revanchismus hat u.a. auch seine wirtschaftlichen Gründe. Unter Punkt 4 der Honnecker-Vorschläge heißt es: „Die Regierung der Deutschen Demokratischen Regierung ist bereit, die Verhandlungen über die firmen- und objektbezogene Kooperation auf der Basis der völligen Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils mit den Firmen Fried. Krupp GmbH und Hoechst AG fortzuführen..." Es heißt, daß Krupp in der DDR ein Kernkraftwerk bauen soll. Das Werben Honneckers um Hoechst ist auf dem Hintergrund zu verstehen, daß die DDR den Großteil ihrer Chemieimporte aus der DBR beziehen muß. Das große Interesse, das die Honnecker-Clique an der nun erfolgten Verlängerung und Erhöhung des zinslosen Überziehungskredits (Swing) zeigt, offenbart, daß die DDR gezwungen ist, sich noch weiter beim westdeutschen Imperialismus zu verschulden. Aber die DDR muß nicht nur weitere Schulden beim westdeutschen Imperialismus machen, sie bietet dem westdeutschen Imperialismus jetzt sogar die gemeinsame Ausbeutung von Erdgas- und Kohlevorkommen in der DDR an.

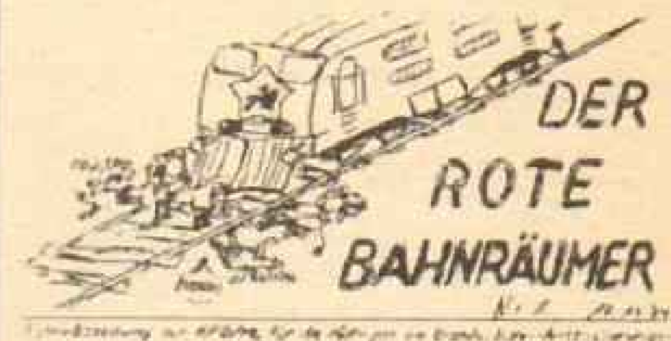
Verkaufen die Sozialimperialisten die DDR also an den westdeutschen Imperialismus? – Davon kann natürlich keine Rede sein. Die Vorschläge Honneckers sind ja in Wirklichkeit die Vorschläge der neuen Zaren und sie entsprechen natürlich auch den Interessen und Zielen der Sozialimperilaisten. **Denn die fortschreitende wirtschaftliche Abhängigkeit der DDR vom Kapital aus der Bundesrepublik ist hauptsächlich eine Folge der wachsenden Ruinierung der DDR-Wirtschaft durch die ungeheure Ausplünderung durch die sowjetischen Sozialimperialisten.**

Zum anderen ist es so, daß der Sozialimperialismus in gewissem Ausmaß an Bindungen des westdeutschen Imperialismus an seinen Herrschaftsbereich interessiert ist. Sein Ziel ist es, in Westeuropa in den Einflußbereich des US-Imperialismus einzudringen. Dabei spekuliert er natürlich auf die Verschärfung der Widersprüche zwischen dem US-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus, auf die Bemühungen des westdeutschen Imperialismus, sich aus dem Einflußbereich des US-Imperialismus zu lösen, um mehr Handlungsspielraum für die Verwirklichung eigener Großmachtpläne zu bekommen. **Diese nach Ansicht der Revisionisten „entspannungsfordernden" Vorschläge Honneckers, die in Wirklichkeit Vorschläge der neuen Zaren sind, sollen also nicht nur die Spaltung Deutschlands erneut besieglen, sie dienen direkt den aggressiven Zielen der Imperialisten, verschärfen die Widersprüche zwischen ihnen und damit die Kriegsgefahr.**

## Kurz berichtet

**BREMEN:**

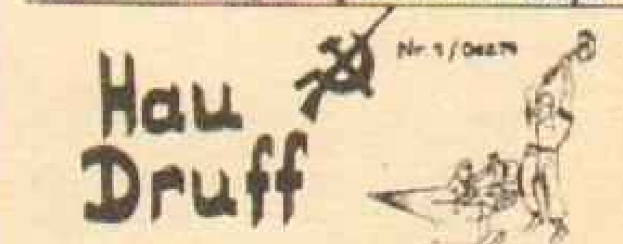
Im Dezember erschien in Bremen die erste Nummer der neuen Betriebszeitung für die Kollegen des Bundesbahn-Ausbesserungswerks Bremen-Sebaldbrücke, „Der rote Bahnräumer". Das Erscheinen dieser neuen Betreibszeitung ist vor allem ein Erfolg des guten Kampfes der Partei in Bremen für die




Einheit der Marxisten-Leninisten aus dem „K"B Bremen und dem „K"BW in Bremen in der KPD/ML. Die Genossen gehen in dieser Nummer der Betriebszeitung auf die Tarifverhandlungen für die Arbeiter und Angestellten bei der Bundesbahn ein. Außerdem enthält die Zeitung einen Artikel zum 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens.

**OBERHAUSEN:**

Ebenfalls im Dezember erschien in Oberhausen die erste Nummer der Betriebszeitung der ROTEN GARDE bei Thyssen-Niederrhein-Oberhausen, „Hau druff!" Die Genossen zeigen in dieser Nummer der Zeitung den Jugendlichen bei TNO den Weg des revolutionären Klassenkampfes gegen die Jugendarbeitslosigkeit auf. In einem anderen Artikel mit der Überschrift „Hände weg von Genossen Sascha Haschemi!" berichten sie über die letzten Antikriegstagsprozesse




gegen Genossen Heinz Baron und Genossen Klaus Kercher und rufen alle Jungarbeiter auf,gegen den geplanten Schreibtischmord an Sascha Haschemi zu kämpfen.

**NÜRNBERG:**

In Nürnberg kamen rund 50 Kollegen und Genossen auf eine Veranstaltung der Partei zum 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens. Unter ihnen viele türkische Kollegen und albanische Arbeiter aus Kossowo, dem südlichen Teil Jugoslawiens. Nachdem ein Genosse der Partei über den siegreichen Kampf des albanischen Volkes berichtet hatte,sprach einer der albanischen Kollegen aus Jugoslawien. Er erklärte die Situation deralbanischen Minderheit in Jugoslawien und betonte unter großem Beifall, daß er alles tun werde, um gemäß den Lehren des Genossen Enver Hoxha auch in Jugoslawien den Sozialismus zu erkämpfen.

**MÜNSTER:**

Vom 4. – 8.11. veranstalteten die modernen Revisionisten eine Werbewoche in Münster für die sowjetischen Sozialimperialisten. Auf einer Veranstaltung im Rahmen dieser Woche, auf der auch ein Redakteur der „Komsomolkaja Prawda' anwesend war, entlarvten Genossen der ROTEN GARDE die Lügen über die angeblich sozialistische Sowjetunion und bewiesen anhand von Tatsachen, daß sie im Gegenteil eine imperialistische Supermacht ist, die das Erbe der Sowjetunion Lenins und Stalins verraten hat.

# Grossmacht-Gebaren der BRD-Imperialisten

Fortsetzung von Seite 1

zog, die es nicht schaffen würden, die Ordnung in ihrem Lande zu erhalten und am Rande eines Bürgerkrieges stünden. Er spielte die Rolle dessen, der sich überall einzumischen hat, die Rolle einer imperialistischen Macht, die nach Hegemonie verlangt. Dabei wickelte er diese Ansrpüche ein in das von den Supermächten her bekannte Schlagwort von der „Verantwortung', die Bonn im internationalen Rahmen habe. Zugleich an die Adresse unseres Volkes gewandt, kündigte er an: vielen in „meinem Lande" läßt die jüngere Geschichte geraten scheinen, ,sich international grosser Zurückhaltung zu befleißigen. Diese ohne Zweifel noch tief sitzenden Hemmungen sind zu überwinden." Im Klartext: **Wir sollen uns wieder daran gewöhnen, daß die deutschen Imperialisten nach grösserer Macht Ausschau halten.**

Schmidts Getöne zeigte die gefährlichen Absichten, die die westdeutschen Imperialisten hegen. So ist es ihnen mit Hilfe des US-Imperialismus bereits gelungen, innerhalb der EG größeres Gewicht zu bekommen, mit dem sie stärkeren Druck auf die übrigen Länder Westeuropas ausüben können.

Ein Mittel dieses Drucks ist z.B. wie die letzte EG-Gipfelkonferenz zeigte, die Verteilung der Milliarden aus dem EG-Regionalfond, der maßgeblich durch die westdeutschen Imperialisten bestimmt ist. Die Zahlung von einigen Milliarden benutezn sie, um wirtschaftlich geschwächte imperialistische Konkurrenten, wie England, bei der Stange zu halten, um sie langsam aber sicher in den Griff zu bekommen.

Gegenwärtig spielen die westdeutschen Imperialisten noch die untergeordnete Rolle des Erfüllungsgehilfen des US-Imperialismus, sehen sie sich noch gezwungen, ihre Ansprüche zu zügeln, begnügen sie sich damit, durch die Unterstützung der Abenteuer des US-Imperialismus an Einfluß zu gewinnen. Aber daß die westdeutschen Imperialisten, daß die Krupp, Mannesmann und Thyssen ihre alten Träume nach Vorherrschaft nicht ausgeträumt haben, zeichnet sich immer deutlicher ab, zeigt sich in der Faschisierung nach innen, wie in dem Machtgebaren nach außen.

Für unser Volk heißt das, die Wachsamkeit zu verschärfen und die Anstrengungen im Kampt zu erhöhen, um diesen Träumen und Plänen des deutschen Imperialismus ein Ende zu setzen. bevor er unser Volk in neue gefährliche Abenteuer stürzt.

**Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN**

Unterstützt das Zentralorgan des KPD/ML!

Spendet auf das Konto des ROTEN MORGEN:
Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06-466
oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393
(Verlag Schubert)

**ROTER MORGEN**

**HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML**

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH 1 Westberlin 36, Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 25 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

## Rationalisierung bei der Bundesbahn

# Entlassungen, Arbeitshetze, Tariferhöhungen

**Wegen der „besorgniserregend verschlechternden wirtschaftlichen Lage der Bundesbahn" hat die Bundesregierung am 11. Dezember einen Plan vorgelegt, wie die Krise dieses staatseigenen Betriebes auf die Arbeiter und Angestellten der Bahn und darüberhinaus auf alle Werktätigen, die die Bahn als Verkehrsmittel benutzen, abgewälzt werden soll**

Das Defizit der Bahn, das schon seit Jahren besteht, kommt ja gerade daher, und das ist auch der Grund, warum die Bahn verstaatlicht ist, daß ihr Betrieb ungeheure Investitionen verlangt, die über den Bundeshaushalt von den Steuern der Werktätigen bezahlt werden, während die Monopole billige Transportmöglichkeiten haben und darüberhinaus an den Aufträgen für den Bau von Lokomotiven, Waggongs, Schienen, der Elektrifizierung usw. ungeheure Summen verdienen.




Das staatliche Rationalisierungsprogramm bedeutet für die Arbeiter und Angestellten der Bahn erhöhte Arbeitslosigkeit und verstärkte Arbeitshetze. Schon in den Jahren 1960 - 1974 hat die Bundesbahn 78 000 Arbeiter und Angestellte entlassen, das sind 16% aller Kollegen. Jetzt sollen allein bis Ende 1975 10 000 weitere Kollegen dazukommen. Schon lange bestehen Pläne, mehrere Bundesbahndirektionen aufzulösen und auf diese Weise tausende von Arbeitsplätzen wegzurationalisieren. Im Programm der Bundesregierung heißt es ausdrücklich, daß z.B. die Zahl der Kollegen im Werkstättendienst und im Oberbau „auf das Notwendigste" beschränkt werden soll. Und offen wird angekündigt, daß die Zahl der bei der Bundesbahn beschäftigten Kollegen „durch ständige Rationalisierungsmaßnahmen" herabgesetzt wird.

Für die Kollegen, die ihren Arbeitsplatz behalten, bedeutet die Rationalisierung verstärkte Arbeitshetze, vorzeitiger Verschleiß der Gesundheit und erhöhte Gefahr für Leib und Leben, wie z.B. im Rangierdienst und bei den Lokführern.

Das Rationalisierungsprogramm der Bundesregierung trifft aber nicht nur die Arbeiter und Angestellten der Bundesbahn, sondern darüberhinaus alle Werktätigen, die gezwungen sind, die Bahn zu benutzen. Ab Frühjahr des nächsten Jahres sollen die Fahrpreise jährlich bis zu 20% erhöht werden. Gleichzeitig mit den Preiserhöhungen wird die Häufigkeit des Zugverkehrs im Personennahverkehr eingeschränkt, werden also weniger Züge fahren, sich die Wartezeiten verlängern und sich die öffentlichen Dienstleistungen im Verkehrswesen verschlechtern. Ja, die Bundesbahn will sogar den Personennahverkehr vollständig aufgeben und ihn den kommunalen Verkehrsgesellschaften übertragen. Man kann jetzt schon voraussagen, daß dies eine weitere Verschlechterung des Nahverkehrs und eine weitere Erhöhung der Fahrpreise mit sich bringt.

Darüberhinaus sollen in den ländlichen Gegenden, in denen in den letzten Jahren ohnehin schon viele Strecken stillgelegt wurden, weitere folgen. Die Tatsache, daß die Dichte des Verkehrsnetzes in der Bundesrepublik zurückgeht, zeigt anschaulich, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die dringendsten Lebensbedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen.

Die Arbeiter und Angestellten der Bundesbahn werden das Rationalisierungsprogramm nicht kampflos hinnehmen. Schon Ende Oktober demonstrierten in Münster 500 Kollegen gegen die geplante Stilllegung der Bundesbahndirektion. Die große Unruhe und Empörung zeigt sich auch in der besorgten Warnung der „Gewerkschaft der Eisenbahner", daß es noch in diesem Jahr zu Streiks und Demonstrationen kommen kann.

## Offener Brief gegen Ausschlußantrag

# IGM-Apparat nicht auf unserer Seite

**Auf Hoesch in Dortmund im Werk Phönix soll der Kollege S. aus der IGM ausgeschlossen werden. Grund: Er hatte auf einer Belegschaftsversammlung zum unversöhnlichen Klassenkampf und zum oppositionellen Kampf gegen den Gewerkschaftsapparat aufgerufen. Kollege S. protestierte mit einem offenen Brief gegen den Ausschlußantrag des Ortsverbandes der IGM. In dem offenen Brief schreibt er u.a.:**

Schon Euer erster Anklagepunkt gegen mich („Aufruf zum unversöhnlichen Klassenkampf") läßt keinen Zweifel aufkommen, für welche Seite Ihr srpecht: Ihr unterstützt mit dieser Anklage vorbehaltlos die Hoesch-Werksleitung, die meinen Diskussionsbeitrag auf der vorletzten Belegschaftsversammlung bei Phönix mit schriftlichem Verweis und Kündigungsdrohung beantwortet hat ( ebenfalls wegen „Aufrufs zum unversöhnlichen Klassenkampf"). Ihr stellt Euch damit ganz offen auf die Unternehmerseite und gegen die Belegschaft. Denn die Belegschaft hat naturgemäß ein großes Interesse daran, daß auf unseren Belegschaftsversammlungen jeder Kollege ohen Einschüchterung frei und deutlich seine Meinung sagen kann. .. Hier muß eine konsequente kämpferische Vertretung der Belegschaftsinteressen ermöglicht werden... Mit Eurem Anklagepunkt beweist Ihr selbst also das, was ich auf der letzten Belegschaftsversammlung zum 9%-Tarifabschluß und zu unseren gesamten Erfahrungen in den letzten Tarifbewegungen festgestellt habe: Der Gewerkschaftsapparat steht nicht auf unserer Seite, nicht auf der Seite der Arbeiterklasse. Es ist richtig, daß ich auf der vorletzten Belegschaftsversammlung in meinem Diskussionsbeitrag festgestellt habe, daß unser Lohnniveau bei der 40-Stundenwoche völlig unzureichend ist, und daß wir diese Tatsache nur durch unversöhnlichen Klassenkampf ändern kännen, nicht aber durch Bitten an Hoesch-Vorstand und Betriebsrat.

Nun zu Eurem dritten Vorwurf gegen mich: Ich sei Mitglied oder Sympathisant der RGO oder GO. Dazu vorweg: Diese Organisationen existieren heute gar nicht: Ich kann ihnen also auch nicht angehören. Überhaupt ist die IGM derzeit die einzige Organisation, der ich angehöre. Aber es geht Euch ja gar nicht in erster Linie darum, ob Mitglied der einen oder anderen Organisation oder nicht, Euch geht es um die Gesinnung.

Jawohl, ich stehe auf dem Boden der kommunistischen Weltanschauung. Weil sie die einzige ist, die den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse entspricht und darum richtig ist. Ich stehe ein für das Ziel der sozialistischen Revolution und ich sage offen, daß man dem Unterdrückungs- und Gewaltapparat des Kapitals nicht mit dem Stimmzettel beikommen kann, sondern letztlich nur durch die revolutionäre Gegengewalt des Volkes. Ich sage offen, daß ich den Aufbau einer RGO im DGB für wünschenswert halte...

Der vorliegende Ausschlußantrag gegen mich beweist aber auch, daß sich diese sogenannten Extremistenbeschlüsse der IGM nicht nur gegen solche Kollegen richten, die marxistisch-leninistischen Organisationen angehören, sondern gegen jede klassenkämpferische Gesinnung, gegen jede entschiedene Opposition in der IGM' Auch gegen alle, die nur teilweise, an bestimmten Punkten, mit den organisierten Kommunisten übereinstimmen und sich dementsprechend auch nicht verbieten lassen, die Kommunisten auch in diesen Punkten zu unterstützen.

Doch über eins bin ich mir ganz gewiß: Mag es Euch heute vielleicht noch gelingen, oppositionelle und kommunistische Kollegen aus den Gewerkschaften auszuschließen, auf längere Sicht werdet Ihr scheitern. Denn Ihr steht mit einer Handvoll Kapitalisten gegen die gewaltige Kraft der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes.'




## Ein Arbeiterleben gilt Kapitalisten nichts

**Vor einigen Wochen passierte bei uns auf der Lindenau – Werft in Kiel ein tödlicher Arbeitsunfall. Unser Kollege Gerd Kroll war erst 21 Jahre alt. Er arbeitete als Maler auf der Werft.**

Als er einen Preßluftschlauch auf der Ausrüstungsbrücke anschließen wollte, wurde er von dem darauf hin- und herfahrenden Kran überrollt. Die Anschlüsse für Preßluft liegen so, daß man sich über die Kranbahn herüberbeugen muß, wenn man die Schläuche anschliessen will. Sie an Bord zu legen, ist dem Kapitalisten Lindenau zu teuer. Die Klingel am Kran, die anzeigen soll, wenn er anfährt, war schon mehrere Tage kaputt, so daß unser Kollege den heranfahrenden Kran nicht hören konnte. Der Kran erfaßte ihn am Bein und Unterleib und überrollte ihn.

Etwa 3/4 Stunden lang lag er schwerverletzt unter dem Kran, ohne daß die herbeigeeilten Kollegen ihn befreien konnten. Sie versuchten, mit Ölpressen den schweren Kran anzuheben – ein aussichtsloses Unterfangen. Mehr konnten die Kollegen aber nicht tun, da auf der Werft für ein solches Unglück keinerlei Vorkehrungen getroffen waren. Währenddessen versuchten zwei Ärzte, ihm mit Bluttransfusionen zu helfen, zwei Kollegen hielten ihm die ganze Zeit den Kopf.

Aber erst die Feuerwehr konnte mit einem Kranwagen den Kran hochheben und Gerd Kroll befreien. Kurz nachdem der Krankenwagen mit ihm zum Tor hinausgefahren war, starb unser Kollege.

**Die Schuld an diesem grausamen Tod unseres Kollegen trägt die Profitgier der Kapitalisten.** Wieviele tote Arbeiter haben die Kapitalisten schon auf ihrem Gewissen! Dieser tägliche Mord am Arbeitsplatz wird erst aufhören, wenn die Arbeiterklasse die Bourgeoisie gestürzt und die Diktatur des Proletariats errichtet hat, wo es keine Akkordhetze keine Überstundentreiberei und ausreichenden Arbeitsschutz geben wird, Für uns ist klar, im Sozialismus hätte unser Kollege nicht sterben müssen.

Genossen aus Kiel

## Bombendrohung als Vorwand

**Wie wir bereits im ROTEN MORGEN berichteten, haben die Mandruck-Kapitalisten in München dem kommunistischen Betriebsrat Herrman Heiner wegen angeblicher „Störung des Betriebsfriedens" gekündigt. Mit dieser Kündigung stießen sie aber nicht nur auf den Widerstand der Kollegen, sondern auch auf den Widerstand des Betriebsrates. Sie sind deshalb gezwungen, diese Kündigung per Arbeitsgerichtsbeschluß durchzusetzen.**

Am 4.12.74 sollte die zweite Verhandlung stattfinden. Zu dieser Verhandlung, die übrigens vertagt wurde, weil die Kapitalisten erst beim Prozeß selbst die Ladung von Belastungszeugen beantragten, waren vier Mannschaftswagen der Polizei aufgefahren. Außerdem wurden die Taschen der Zuschauer durchsucht. Der Richter begründete diese Maßnahmen damit, daß eine anonyme Bombendrohung eingegangen sei. Diese Begründung ist eine ungeheuerliche Provokation. Selbst wenn sie vom Richter nicht frei erfunden wurde, weiß er natürlich ganz genau, daß die Genossen und Kollegen, die zu diesem Prozeß gekommen sind, nicht die Anrufer waren. Sie diente zu nichts anderem, als den Vorwand zu liefern für Polizeimaßnahmen, die bei einem Arbeitsgerichtsprozeß bisher nicht angewandt wurden und um die Partei und ihre revolutionäre Linie vor den Massen zu diffamieren.

## Niederlage für Thyssen

**Am 10.12.74 fand in Duisburg die Arbeitsgerichtsverhandlung des Genossen Günther Wagner gegen die Thyssen-Kapitalisten statt. Günther Wagner war bei Thyssen im Juli dieses Jahres wegen „Störung des Betriebsfriedens" entlassen worden, weil angeblich durch sein Auftreten auf Betriebsversammlungen „Tumulte" entstanden seien.**

Bei der Arbeitsgerichtsverhandlung mußten sich die Zuschauer durch ein Spalier von Polizisten drängeln. Außerdem wurde jeder durchsucht. Im Saal selber saß ebenfalls Polizei – in zivil. Genosse Günther stellte gleich zu Anfang den Antrag, diese Polizisten aus dem Saal zu entfernen, da sich beim Arbeitsgerichtsprozeß des Genossen Brenner gezeigt hat, welche Aufgabe sie haben. **Nachdem das Gericht sich zur Beratung zurückgezogen hatte, verkündete es den Ausschluß der politischen Polizei aus dem Saal und gleichzeitig das Urteil: Die Kündigung der Thyssenkapitalisten wurde als rechtsunwirksam aufgehoben.**

Damit haben die Thyssenkapitalisten in ihrem Kampf gegen die KPD/ML bereits die zweite Niederlage erlitten. Bereits im letzten Oktober, als sie Genossen Günther Wagner gekündigt hatten, nachdem die Polizei ihn von der Haustür weg verhaftet hatte, weil er presserechtlich verantwortlich für ein Flugblatt gegen die politische Unterdrückung war, mußten sie ihre Kündigung auf den Druck der Kollegen und den Kampf der Partei hin zurücknehmen. Nach ihrer damaligen Niederlage haben die Thyssenkapitalisten in enger Zusammenarbeit mit dem IGM-Apparat und dem Betriebsrat ihren nächsten Angriff auf die Partei vorbereitet. Und! auch jetzt ist klar, daß sie nicht so ohne weiteres klein beigeben werden. Das zeigte sich bereits am Tag der Arbeitsgerichtsverhandlung. Auf der Betriebsversammlung, die am gleichen Tag stattfand, ging ein kommunistischer Kollege nach vorne und berichtete vom Ergebnis der Arbeitsgerichtsverhandlung. Während es unter den Kollegen Beifall gab, sprang gleich einer der Betriebsräte ans Mikrofon und verkündete, daß Günther Wagner bestimmt nicht wieder bei Thyssen arbeiten werde, da man sofort Berufung einlegen werde.

Das ändert aber nichts daran, daß die erste Abweisung der Kündigung ein Erfolg für die Partei und für die Kollegen bei Thyssen ist.

## Revisionistisches

### MIT KRIMINELLEN GEGEN DEN KOMMUNISMUS

Auf einer Sitzung der Gewerkschaftsjugend bei Telefunken/ Schwedenstraße in Westberlin versuchten die revisionistischen Mitglieder dieser Gruppe, meist Gewerkschaftsfunktionäre,die Genossinnen, die mit der KPD/ML sympathisieren, auszuschließen. Ihre Begründung war, die KPD/ML würde Kollegen denunzieren. Gemeint mit dem angeblich „denunzierten Kollegen" war niemand anderes als Heinz Stieben, ein bekannter Krimineller, der in der letzten Zeit versucht hatte, sich einen Namen zu machen, indem er Genossen der Partei, darunter auch seine Frau, bei der Geschäftsleitung zu denunzieren,der an die „Berliner Zeitung" von Springer die „Information" verkaufte, die KPD/ML wolle ihm sein Kind rauben, der schließlich die Polizei einem Genossen der Partei in die Wohnung geschickt hatte, weil dieser Genosse möglicherweise einer der beiden Messerstecher gewesen sei, die ihn an seiner Wohnungstür überfallen hätten. Aber dieser billige Acht-Groschenjunge kam den Revisionisten gerade recht, um die schon lange in der Gewerkschaftsjugendgruppe unerwünschten Kommunistinnen loszuwerden.

Unterstützung erhielten die Revisionisten von einem anwesenden Vertreter der GRF. Die Genossin grenzte sich zunächst einmal ab: nicht von den Revisionisten, nein, sondern von der KPD/ML. Man könne doch einem Kollegen nicht Kaufhausdiebstahl vorwerfen, hieß es, das sei legitim im Kapitalismus. Da die Genossin nichts anderes verlauten ließ, muß man annehmen daß sie es offensichtlich wohl auch „legitim"fand, für einen „Kollegen" mit der Springerpresse und der Polizei gegen die KPD/ML zu arbeiten. Dem durch die Mehrheitsverhältnisse in der GJG sowieso sicheren Ausschluß stimmte sie zwar nicht zu, sie schützte dafür jedoch die Revisionisten und Heinz Stieben auf ihre Art: Man solle doch schnell machen, hieß es, damit man wieder zur „richtigen Gewerkschaftsarbeit" käme. Ein Kommentar erübrigt sich wohl.

### REISEN MIT DER „S"DAJ

In der „Flüstertüte", einer Hamburger Stadtteilzeitung der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend" der Jugendorganisation der D„K"P, findet sich ein Report von zwei „Genossen" über eine dreiwöchige Reise in die Sowjetunion. Hören wir, was diese angeblichen Sozialisten an der Sowjetunion besonders beeindruckte:

„*Wir besuchten u.a. eine Ausstellung von einheimischen und internationalen Künstlern sowie Gedenkstätten für die Opfer des Zweiten Weltkrieges. Besonders sprach uns ein Eiszirkus an,der in Donetzke gerade weilte (so eine Art „Holiday on Ice" im Kleinen).*"Und weiter: „*Bei den Freizeiteinrichtungen fiel uns besonders ein Kulturpark auf. Das ist ein großer Park mit Vergnügungseinrichtungen wie Riesenrad, Schiffschaukel etc. sowie einer Bühne, auf der allabendlich Bands auftraten. Dazu gehörte selbstverständlich ein Bierstand (Pivo-Bar) sowie meistens ein Freilichtkino (Eintritt 30 Pfennig)*" Stilgerechte Schlußparole: „*Leute, darauf ein Pivo!*"

Wie man sieht, wird der bürgerliche Sumpf,den die Sozialimperialisten züchten, um die sowjetische Jugend in die Irre zu führen, von der revisionistischen Jugendorganisation „S"DAJ begierig aufgegriffen, um dem bürgerlichen Unterhaltungsrummel, mit dem die westdeutsche Arbeiterjugend eingefangen werden soll, auch noch den Anstrich „sozialistisch" zu geben.

## Rede eines "albanischen Arbeiters" der GRF

# Ein trotzkistischer Angriff auf die Volksrepublik Albanien

**Die Führer der „Gruppe Rote Fahne" beteuern seit einiger Zeit immer wieder ihre Freundschaft zur Volksrepublik Albanien und zur Partei der Arbeit Albaniens. In Wirklichkeit jedoch greifen sie das sozialistische Albanien hinterrücks an, verleumden die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus, stellen die Volksmacht, die Diktatur des Proletariats in falschem Licht dar und bekämpfen die marxistisch-leninistische Linie der Partei der Arbeit Albaniens.**

In der „Roten Fahne" Nr. 50/74 veröffentlichen sie nun Auszüge aus der Rede eines „albanischen Arbeiters", die dieser auf der zentralen Albanienveranstaltung dieser Gruppe am 30. November gehalten hat. Diese Rede ist eine ungeheure Provokation gegen die VR Albanien und da die Führer der GRF lange genug Zeit hatten, sich die Sache zu überlegen, nehmen wir an, daß sie diese Rede bewußt und in klarer Kenntnis ihres Inhalts veröffentlicht haben, daß sie es sind, die in Wirklichkeit aus dem Mund dieses „albanischen Arbeiters" sprechen.

Worum geht es? Die Führer der GRF sprechen als „Freunde des albanischen Volkes", sie betonen, daß in Albanien die Arbeiterklasse an der Macht ist und beteuern, daß die Partei der Arbeit Albaniens eine „richtige Politik" macht. Nachdem sie sich so als Freunde des albanischen Volkes, des Sozialismus und des Marxismus-Leninismus herausgeputzt haben, zeigen sie ihr wahres Gesicht. Was hat denn ihrer Meinung nach das albanische Volk, geführt von seiner kommunistischen Partei, unter der Diktatur des Proletariats erreicht? Es stellt sich heraus, daß Albanien ein armes und rückständiges Land geblieben ist, von dem lediglich erwähnenswert scheint, daß es noch „aufgebaut" wird. Und das wird dann auch mehrmals wiederholt. Natürlich können die Führer der GRF für ihre Behauptungen keinerlei Beweise anführen und sie müssen sich zu den unglaublichsten Lügen versteigen. Sie schreiben:

**„2 Millionen Albaner leben fest in Jugoslawien. In Albanien selbst sind für diese Arbeiter noch keine Arbeitsmöglichkeiten vorhanden. Die Wirtschaft ist noch im Aufbau." Nachdem sie festgestellt haben, daß die Albaner auch in Jugoslawien nur zu 40% Arbeit finden, fahren sie fort: „Diejenigen, die Arbeit haben, können nach 5 Tagen Arbeit mit einem Bus übers Wochenende nach Hause, Albanien, fahren."**

Womit dann „bewiesen" wäre, daß die Arbeiter des sozialistischen Albanien gezwungen sind, außer Landes zu gehen, um ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten und Imperialisten zu verkaufen, weil es im Lande selbst für sie keine Arbeit gibt. Solche unglaublichen Behauptungen aufzustellen, blieb bisher den Führern der GRF vorbehalten.

**Diese Methode des hinterhältigen, heimtückischen Angriffs gegen den Sozialismus ist nicht neu; bekanntlich fuhr Antonioni, getarnt als Freund des chinesischen Volkes in die VR China, um dann heimtückisch seinen reaktionären Film zusammenzubasteln. Die Führer der GRF haben vor noch nicht allzulanger Zeit die KP Chinas und die PAA wütend angegriffen und den prinzipienfesten Kampf dieser beiden Parteien gegen den modernen Revisionismus, die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, den Kampf auf den beiden Konferenzen in Moskau in den Jahren 1957 und 1960 als „allenfalls geeignet" bezeichnet, „den offenen Abfall der Chruschtschowclique zu entlarven", um im gleichen Atemzug zu behaupten, daß die marxistisch-leninistische Weltbewegung über kein einheitliches Programm verfügt.**

**Die Führer der GRF haben in ihrem Programmentwurf den großen Marxisten-Leninisten, Genossen Stalin, beschuldigt, für die revisionistische Entartung der Sowjetunion verantwortlich zu sein.**

**Das sind die Methoden der Trotzkisten, die schon immer den Marxismus-Leninismus und die sozialistischen Länder wütend angegriffen haben.**

Die Führer der GRF haben die Gerüchte über die VR Albanien nicht selbst erfunden, was sie hinzugefügt haben, war lediglich die freche Behauptung über die „albanischen Gastarbeiter in Jugoslawien". Diese Gerüchte und diese Demagogie stammen aus der Küche der modernen Revisionisten und der sowjetischen Sozialimperialisten. Diese Verräter erheben jetzt ein großes Geschrei über die „Isolierung" der VR Albanien, die angeblich den Aufschwung und die Entwicklung des Landes verhinderte. Nehmen wir nur das „Neue Deutschland," in dem es heißt, daß es außer Zweifel stünde, , daß die Erfolge der VR Albanien im Kreis der brüderlichen Familie der sozialistischen Staatengemeinschaft heute bedeutend größer wären."

Die Verräter am Marxismus-Leninismus, die modernen Revisionisten und ihre Wasserträger, die Führer der GRF, bemühen sich, die großartigen Erfolge des sozialistischen Albaniens zu verdunkeln, sie bemühen sich, die Anziehungskraft des Marxismus-Leninsimus, dessen Prinzipien folgend die PAA das albanische Volk zu diesen Erfolgen führte, herabzumindern, um zu verhindern, daß die Werktätigen unseres Landes den Weg des sozialistischen Albanien gehen und geführt von ihrer marxistisch-leninistischen Partei in der gewaltsamen Revolution den kapitalistischen Staatsapparat zerschlagen, die Diktatur des Proletariats errichten und den Sozialismus aufbauen.

**Die Verleumdungen und Lügen der Führer der GRF müssen entschieden bekämpft werden und die Mitglieder und Sympathisanten dieser Organisation müssen umso klarer die Notwendigkeit erkennen, sich von diesen Feinden des Marxismus-Leninismus zu trennen.**

# Milliarden für die Profite der Monopole

Fortsetzung von Seite 1

Und wie sieht es mit den anderen , Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit" aus? Mit 7 – 8 Milliarden sollen die „privaten Investitionen gefördert" werden. Für jede neue Maschine, für jedes neue Produktionsgebäude zahlt der Staat den Kapitalisten einen Zuschuß von 7,5% des Anschaffungs- bzw. des Herstellungspreises. Aber investieren die Kapitalisten vielleicht, um Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern? Im Gegenteil: Sie investieren um sich möglichst hohe Profite zu sichern und in der Überproduktionskrise heißt das im besonderen Maße, daß sie investieren, um die Rationalisierung voranzutreiben, um den für Löhne aufzuwendenden Teil des Kapitals so gering wie möglich zu halten, sie rationalisieren Arbeitsplätze weg.

Oder nehmen wir die beschlossene Heraufsetzung der Höchstdauer für die Zahlung des Kurzarbeitergeldes von 12 auf 24 Monate. Ist das vielleicht eine Maßnahme, die im Interesse der Arbeiter beschlossen wurde? Warum lassen denn die Kapitalisten kurzarbeiten, anstatt sofort Massenentlassungen vorzunehmen? Sie tun das doch nicht, um Arbeitslosigkeit zu verhindern, sondern weil sie sich nicht sicher sind, wie die Lage sich genau entwickeln wird, ob sie die volle Belegschaft nicht in absehbarer Zeit doch noch brauchen. Mit der Heraufsetzung der Höchstdauer für die Zahlung des Kurzarbeitergeldes verschafft die Regierung den Kapitalisten in dieser Frage mehr Spielraum, aber dadurch wird in Wirklichkeit keine Massenentlassung verhindert, wenn klar ist, daß sie den Profitinteressen der Monopole dienen.

Gehen wir noch auf die 600 Millionen ein, die den Kapitalisten als sogenannter „Lohnkostenzuschuß" zugeschustert werden. In den Gebieten, in denen die Arbeitslosigkeit um 0,5% über dem Bundesdurchschnitt liegt, sollen die Kapitalisten, wenn sie Kollegen, die drei Monate arbeitslos waren, für mindestens ein halbes Jahr einstellen und so die Belegschaft vergrößern, bis zu 60% des Bruttolohnes als „Lohnkostenzuschuß" erhalten. Natürlich werden sich einige Kapitalisten, wenn sie nur noch den Bruchteil des Lohnes zahlen müssen, überlegen, ob sie nicht einige Arbeiter mehr ausbeuten sollen. Viele Kapitalisten werden die günstigen Bedingungen für die Ausbeutung der Arbeiter nützen, um gezielt auf Halde zu produzieren, weil sie sicher sein können, daß dieser Staat ihnen nach den Milliarden zur „Belebung der Investitionstätigkeit" in naher Zukunft mit weiteren Milliarden zum „Abbau der Halden" unter die Arme greift.

**Denn dieser Staat ist das Instrument der Monopole und das von der Bundesregierung verabschiedete „Konjunkturprogramm" zeigt deutlich, welche Aufgaben der Staat neben seiner Funktion als Gewaltapparat der Kapitalistenklasse zur Niederhaltung der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischenKapitalismus hat.** Unter dem Vorwand der „Förderung der wirtschaftlichen Initiative" zahlt der monopolkapitalistische Staat den Monopolen Milliarden als Subventionen, die er durch die Ausplünderung der Werktätigen über Steuern und Geldentwertung finanziert. Die Monopole nutzen die Staatsmacht nicht mehr nur zur Niederhaltung der Arbeiterklasse, sondern auch um die Konzentration und Zentralisierung des Kapitals aktiv zu fördern, die Macht und den Einfluß der Monopole zu verstärken. Im Interesse der Monopole versucht der monopolkapitalistische Staat gewissermaßen, regulierend in die kapitalistische Wirtschaft einzugreifen, in Krisenzeiten auf dem Rücken der werktätigen Massen bessere Bedingungen für die Monopole zur Erzielung von Maximalprofiten zu schaffen.

Mit der Bekanntgabe des „Konjunkturprogramms" haben Regierung und Kapitalistenvertreter erklärt, das Programm könne nur „wirksam" werden, wenn bei den „Löhnen äußerste Zurückhaltung" geübt werde. Dazu muß gesagt werden, daß die Bundesregierung es bereits für „wirksam" hält, wenn im Jahresdurchschnitt 75 die Arbeitslosigkeit bei 2,5% (rund 571 000 Arbeitslose) liegen würde. Es spricht eine deutliche Sprache, daß der DGB-Apparat dem Programm im „Großen und Ganzen" zugestimmt hat. Der Abschluß bei Stahl und die vom DGB-Apparat für die metallverarbeitende Industrie und im „öffentlichen Dienst aufgestellten Forderungen zeigen, daß der DGB-Apparat als Instrument der Monopole die Aufgabe hat, durch die Durchsetzung von Lohnraubabschlüssen und die Verhinderung von Kampfaktionen das Programm der Regierung der verschärften Ausplünderung der Werktätigen und der Sicherung und Steigerung der Monopolprofite „wirksam werden" zu lassen.

## Vom Aufbau des Sozialismus

### ES LEBE DIE CHINESISCH-ALBANISCHE FREUNDSCHAFT

Als Symbol der chinesisch-albanischen Freundschaft schenkte Genosse Mehmet Shehu dem chinesischen Volk anläßlich des Besuches des chinesischen Premierministers Tschou En-lai in Albanien im Jahre 1964 im Auftrag der albanischen Regierung 10 000 Olivenbäume. Im letzten Jahr trugen diese Bäume zum erstenmal Früchte. Angespornt durch das gute Gedeihen dieser ersten von der albanischen Adria nach China importierten Olivenbäume begannen insgesamt 735 Farmen in 15 Provinzen und einem autonomen Gebiet diese für China neue Frucht zu pflanzen. Heute, nach 10 Jahren, geht die Zahl der Olivenbäume in China bereits in die Hundertausende.

Die enge Verbundenheit zwischen dem chinesischen und albanischen Volk und seinen Kommunistischen Parteien zeigte sich besonders in der großen Begeisterung, die auch im chinesischen Volk über den 30. Jahrestag der Befreiung und des Sieges der Volksrevolution in Albanien herrschte. Als ein Beispiel dafür sei hier die Feier erwähnt, die am 28. November, dem Vorabend dieses Jahrestages, in der Pekinger Fabrik für Verbrennungsmotoren stattfand. Unter den Gästen waren der albanische Botschafter in China, Genosse Behar Shtylla und andere Botschaftsangehörige. Für die chinesischen Arbeiter sprach der Vorsitzende des Revolutionskomitees dieser Fabrik. Er schloß mit den Worten: „*Zusammen mit dem übrigen chinesischen Volk werden wir und das albanische Brudervolk fortfahren, einander zu unterstützen und Schulter an Schulter zusammen zu kämpfen, um neue Siege zu erringen.*" Am 29.11., dem Jahrestag der Befreiung Albaniens, gab das chinesische Postministerium zwei Sonderbriefmarken heraus, von denen eine das albanische Volk mit der Hacke in der einen und dem Gewehr in der anderen Hand darstellt, um darzustellen, daß das albanische Volk unter der Führung des Genossen Enver Hoxha mit der Waffe in der Hand bereit ist, sein sozialistisches Vaterland aufzubauen und zu verteidigen.

Pünktlich zum 30. Jahrestag konnte auch die neue Fluglinie Peking – Teheran – Bukarest – Tirana in Betrieb genommen werden.

### GROSSE ERFOLGE BEI DER AUFFORSTUNG DES LANDES

In den 25 Jahren seit der Existenz der VR China ist 75 mal so viel Land aufgeforstet worden wie in der Periode von 1911 bis 1949. Einen Sprung nach vorn machte die Entwicklung in der Großen Proletarischen Kulturrevolution, als an die Stelle vereinzelter isolierter Bemühungen die planvolle Anstrengung des Staates trat. Von da an wurden jedes Jahr einige tausend Millionen Bäume gepflanzt, auch in Regionen, die vorher nicht bewaldet waren. So haben nackte Bergfelsen, aber auch Teile der Wüste Gobi ihr Gesicht vollständig verändert. Ein Beispiel für die Erfolge dieses Vorgehens ist die Insel Leichou im Süden des Landes. Sie war früher so berüchtigt für ihre Wind- und Sandstürme, für Trockenheit auf der einen Seite und Überflutungen durch das Meer auf der anderen Seite, daß niemand dort wohnen und arbeiten mochte, sondern die Insel im Gegenteil der herrschenden Feudalklasse als Gefangeneninsel diente. Heute, nachdem diese Insel systematisch aufgeforstet wurde, sind dort große landwirtschaftliche Nutzflächen entstanden mit einer Gesamtfläche von 200 000 Hektar.

## 95. Geburtstag J.W.Stalins

# Angriffe auf Stalin sind Angriffe auf den Marxismus-Leninismus

**Am 21. Dezember feiern die Marxisten-Leninisten und mit ihnen viele aufrechte Menschen den 95. Geburtstag des Genossen Joseph W. Stalin. Seine Person stand für die Unbeugsamkeit der Herrschaft der Arbeiterklasse, für die Standhaftigkeit des Bolschewismus gegen alle inneren und äußeren Feinde der Arbeiterklasse und ihrer Sowjetmacht.**

**Erst nach dem Tode Stalins wagten sich Verräter und Heuchler wie Chruschtschow und Breschnew aus ihren Löchern hervor, um in den Chor der internationalen Bourgeoisie einzufallen und J.W.Stalin zu „verfluchen" und zu verleumden, sein Werk, den großen Leninschen Plan zu verwirklichen und weiterzuentwickeln, in den Schmutz zu treten.**

**Doch die aufrechten Marxisten-Leninisten feiern Stalins Geburtstag! Denn die Geschichte hat gezeigt, daß diejenigen, die Stalins Namen mit Schmutz bewerfen, im tiefen Dreck sitzen.**

**Die Haltung zu Stalin ist auch heute eine grundlegende Frage, wie man zur Sache der Arbeiterklasse, wie man zum Marxismus-Leninismus steht.**

Stalin habe „Personenkult" betrieben – das war der erste Angriff der Chruschtschow-Leute auf J.W.Stalin, nachdem Chruschtschow die Parteiführung zusammen mit Leuten wie Mikojan und Suslow an sich gerissen hatte. Es war ein Angriff, der darauf abzielte, die Sowjetordnung, die unter Stalin bestand, zu diskreditieren und zu unterhöhlen, um sie schließlich in eine bürgerliche faschistische Diktatur zu verwandeln.

Stalin hatte das Vertrauen des Volkes besessen und wurde tief vom Volk verehrt, weil er den Willen des Volkes verkörperte, den Sozialismus aufzubauen, weil seine Person Ausdruck der Herrschaft der Arbeiterklasse, der Diktatur der Arbeiterklasse über ihre Feinde war. Lenin hat stets gelehrt, welche wichtige Rolle die Führer der Arbeiterklasse haben, die bei den Massen in Ansehen und Achtung stehen, eng mit ihnen verbunden sind, ihre Gedanken, Klugheit und Bestrebungen verkörpern, ihre Interessen treu schützen und imstande sind, die Massen im Kampf für den Sturz des Kapitalismus und beim Aufbau des Sozialismus erfolgreich zu führen. **Stalin war ein solcher Führer, dem die Massen deshalb auch ihre Liebe und Achtung entgegenbrachten.**

Zweifellos gab es auch Leute, die Stalin lobhudelten. Aber kann man dafür Genossen Stalin verantwortlich machen, wie Chruschtschow und seine Bande das getan haben, wie die Revisionisten auf der ganzen Welt das heute tun?

Stalin hat sich wiederholt gegen die Idealisierung einzelner Personen, gegen den Größenwahn von Führern und ihrer Entfremdung von den Massen ausgesprochen: „Lenin lehrt uns, daß wirkliche bolschewistische Führer nur solche sein können, die nicht nur die Arbeiter und Bauern zu belehren verstehen, sondern auch von ihnen lernen."

Wie Stalin die Lobhudelei bekämpfte, zeigt ein Brief an Schatunowski: **„Sie sprechen von ‚Ergebenheit' mir gegenüber. Ich würde Ihnen raten, das ‚Prinzip' der Ergebenheit gegenüber Personen über Bord zu werfen. Das ist nicht bolschewistische Art. Seien Sie der Arbeiterklasse, ihrer Partei, ihrem Staat ergeben, das ist notwendig und ‚gut. Aber verwechseln Sie diese Ergebenheit nicht mit der Ergebenheit gegenüber Personen, mit diesem hohlen und unnützen intelligenzlerischen Phrasengeklingel."**

Das war Stalin: Er kritisierte diese ‚hohle Ergebenheit', weil sie im Grunde die Mentalität von Söldnern offenbart, weil sie eine unehrliche Sache ist.

Aber wer war es denn, der eine solche Haltung gegenüber Stalin einnahm, der Stalin den ‚Vater, klugen Lehrer und genialen Führer der Partei, des Sowjetvolkes und der Arbeiter der ganzen Welt" nannte? Kein anderer als Chruschtschow! Es waren Verräter wie Mikojan, die Stalin in den Himmel lobten als „das Genie des Sozialismus" oder wie der Verräter Suslow, der von Stalin sprach als dem „Genie der Menschheit", der „Koryphäe der Wissenschaft" usw.

Ist es nicht merkwürdig, daß gerade diese Leute es waren, die nach Stalins Tod wie wild über den Namen Stalins herfielen und diesen großen Führer des Sowjetvolkes des „Personenkultes" bezichtigten? Es zeigt, aus was für elenden Heuchlern und Verrätern diese Chruschtschowbande besteht.

Während Stalin das Vertrauen und die Verehrung des Volkes genoß, weil er den Willen des Volkes verkörperte, war es gerade Chruschtschow, um den die Revisionisten einen ganzen Reklamerummel entfalteten. Denn entgegen Chruschtschows Beteuerungen war er selbst nicht im geringsten mit der Arbeiterklasse verbunden.

Seine Gefolgschaft proklamierte ihn daher ständig zum ‚Spezialisten, Vater und Pionier" aller Zweige – von der Maiskultur über die Schweinezucht bis hin zu den verschiedensten Düngemitteln.

Er mußte sich zum Helden machen, indem er sich Stalins Erfolge zuschrieb. So schrieb der Marschall Tschuikow 1964 über die Schlacht bei Stalingrad: ‚Ich habe den Einfluß Stalins auf diese Schlacht nie gespürt, aber ich habe oft Nikita Sergejewitsch getroffen...Einige Menschen sagen, daß ich in meinem



Lenin und Stalin in den Tagen des Oktober. Nach dem Tod Lenins setzte Stalin das Werk Lenins fort.

Buch ‚Der Anfang des Weges' viel über Chruschtschow und beinahe gar nichts über Stalin schreibe. Ich habe über die Wirklichkeit geschrieben."

Wenn das so ist, warum hat man dann damals den Namen dieses „großen Helden" so wenig gehört? Weil das ganze nur eine plumpe Geschichtsfälschung ist. 1953 schrieb derselbe Tschiukow in der Prawda: **„Nach dem strategischen Plan und unter der persönlichen Führung des genialen Strategen, des Generalissimus der Sowjetunion, Genossen Stalin, wurde am 2. Februar 1943 die Vernichtung der feindlichen in Stalingrad eingekreisten Truppen erfolgreich durchgeführt. Diese Riesenschlacht, welche in der Weltgeschichte nicht ihresgleichen hat, ist der klare Triumpf der stalinschen militärischen Kunst, ist der Triumpf der strategischen Kunst unseres Führers und Generalissimus, Genossen Stalin..."**

Allein diese Tatsachen werfen ein bezeichnendes Licht auf die Leute, die Genossen Stalin „Personenkult" vorwerfen wollen.

Chruschtschow ging bekanntlich noch weiter und bezichtigte Stalin der Schrekkensherrschaft, schwerer Verfolgungen usw. bezeichnete ihn als „Verbrecher" und versteig sich sogar zu der Behauptung, Stalin hätte alle, die geistig mit ihm hätten konkurrieren können, umgebracht. Wenn es so wäre, es wäre zumindest eine Erklärung, warum Chruschtschow überlebte – doch es entspricht nicht den Tatsachen:

**Zweifellos hat es in der Sowjetunion zur Zeit Stalins energische Unterdrückung gegeben. Aber gegen wen? Gegen das Volk? Die Unterdrückung richtete sich gegen die Feinde des Volkes, die die mit jahrelangem Kampf und großen Opfern errungenen Erfolge der sowjetischen Arbeiterklasse zunichte machen und die Herrschaft der Arbeiterklasse zerstören wollten. Gegen diese Leute ist Genosse Stalin vorgegangen. Und das war seine Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse und der Diktatur des Proletariats. Wer da anders gehandelt hätte, der hätte sich damit selbst auf die Seite dieser Verräter gestellt.**

Durch Ausschreitungen der Sicherheitsorgane hat die Verfolgung der Feinde damals auch einige unschuldige Menschen getroffen. Aber da war es gerade Stalin, der diesen Fehler kritisierte und darauf hinwies, daß die Partei die Sicherheitsorgane fester unter ihre Kontrolle bekommen muß, um derartiges zu verhindern.

Übrigens war es der Verräter Chruschtschow selbst, der 1938 sagte: „Unsere Partei wird die Verräterbande schonungslos unterdrücken, den trotzkistischen Kadaver von der Erdoberfläche vertilgen. Eine Gewähr dafür ist die unerschütterliche Führung unseres Genossen Stalin. Wir werden alle Gegner vom ersten bis zum letzten ausrotten und ihre Asche in alle Winde verstreuen."

**Was für ein Betrüger und Heuchler, der sich keine 20 Jahre später hinstellt und von ‚stalinscher Schreckensherrschaft" redet. Stalin, den er damals so lobte, seine Asche hat er in alle Winde zerstreut, doch den trotzkistischen rechten Kadaver, den hat er wieder hochgepäppelt und auf die Beine gebracht.**

Wer waren denn die Leute, die von dem Revisionisten Chruschtschow als „Opfer Stalins" „rehabilitiert" wurden? Es waren durchgehend gefährliche Opportunisten und Konterrevolutionäre, die gegen die Diktatur des Proletariats gearbeitet hatten. Leute z.B. wie der Antikommunist Solschenyzin, Sohn des 5. größten Großgrundbesitzers in Rußland vor der Revolution. Er stellte seine ganze Kraft in den Dienst der Konterrevolution. Er haßte und er haßt die Arbeitermacht und Stalin. Allein das war schon für die Verräter wie Chruschtschow Grund genug, ihn zu „rehabilitieren'. So ließ Chruschtschow seine Erzählung „Ein Tag des Iwan Denisowitsch", in der offen gegen die Sowjetmacht gehetzt wird, in Auflagen von 50 - 100 000 verbreiten. Solche Leute „rehabilitieren' kann nur jemand, der sich selbst gegen diese Ordnung stellt. Und genau das tat Chruschtschow.

**Die Angriffe der Chruschtschow-Revisionisten gegen Stalin galten in Wahrheit weder einem ‚Personenkult', noch irgendwelchen Ausschreitungen, für die man Stalin nicht verantwortlich machen kann, sondern der Ordnung, die zur Zeit Stalins herrschte, der Diktatur des Proletariats.** In einem offenen Brief der Chruschtschow-Revisionisten im März 1963 heißt es: „Wer Stalin und sein Werk in Schutz nimmt, der nimmt die Ordnung, die zur Zeit Stalins existierte, in Schutz." **Genau so ist es! Wer Stalin verteidigt, verteidigt die Diktatur des Proletariats.**

Das Ziel der Chruschtschow-Revisionisten in ihrem Kampf gegen Stalin offenbart sich deutlich darin, was sie an die Stelle der Diktatur des Proletariats setzten: Den „Staat des Volkes." Und an die Stelle der Partei des Proletariats setzten sie die „Partei des Volkes'. Sie begründeten das damit, daß es keine bourgeoisen Kräfte mehr gebe, daß die Arbeiterklasse niemanden mehr unterdrücken müßte.

Stalin dagegen hatte stets an der Leninschen Lehre festgehalten: ‚**Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus umfaßt eine ganze geschichtliche Epoche. Solange sie nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restaurierung, und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration."** Und genau dies hat die Geschichte bestätigt, bestätigt in der Sowjetunion durch die Versuche der Restauration durch die Trotzkis, Sinowjews und Bucharins, die Verschwörungen anzettelten, um die Macht der Arbeiterklasse zu brechen. Dagegen war Genosse Stalin mit aller Macht angegangen. Und das war genau richtig, um der Arbeiterklasse die Macht zu bewahren.

**„Die Diktatur des Proletariats', sagte Lenin, „ist der aufopferungsvollste und schonungsloseste Krieg der neuen Klasse gegen den mächtigeren Feind, gegen die Bourgeoisie, deren Widerstand sich durch ihren Sturz verzehnfacht".**

**Wer angesichts dieser außerordentlich wichtigen Lehre Lenins, die durch die Geschichte bestätigt wurde, die Diktatur des Proletariats antastet, um sie in einen „Staat des Volkes" zu verwandeln, der ist ein Revisionist und Konterrevolutionär, der die Unterdrückung der Bourgeoisie beseitigen will, weil er sie wieder an die Macht zu bringen gedenkt, weil er selbst nach dieser Macht greift. Der geht den Weg der Restauration des Kapitalismus.**

Und genau das haben die Chruschtschow-Revisionisten und in ihrem Gefolge die Breschnew-Revisionisten getan. Mit ihrem revisionistischen Gerede vom ‚Staat des Volkes', von der ‚Partei des Volkes", verwischten sie die Klassenwidersprüche, „rehabilitierten" zugleich die konterrevolutionären Kräfte, warfen aus Staat- und Parteifunktionen die proletarischen Revolutionäre raus und setzten ihre revisionistische Clique ein, um schließlich die Staatsmacht zu erobern und diese Staatsmacht zur Unterdrükkung des Proletariats einzusetzen.

Heute ist die große sozialistische Sowjetunion Lenins und Stalins ein kapitalistisches Land, eine imperialistische Macht, die nach Weltherrschaft strebt regiert von kapitalistischen Machthabern, die sich mit sozialistischen Phrasen zu tarnen versuchten aber nach innen eine faschistische Diktatur ausüben und nach außen hin Aggression durchführen. Das ist das Werk der Verräter wie Chruschtschow und Breschnew.

**Ihr ganzes Geschrei gegen den ‚Personenkult" Stalins und die „Schreckensherrschaft" diente keinem anderen Zweck, als einen Vorwand zu haben, für die Verwandlung der Diktatur des Proletariats in eine faschistische Diktatur, der neuen Bourgeoisie, der Neuen Zaren im Kreml.**

**Ihr Angriff gegen Stalin hat über die Grenzen der Sowjetunion hinaus im Weltmaßstab Bedeutung, weil J.W.Stalin keine andere Lehre verteidigte als die von Marx, Engels und Lenin und weiterentwickelte. Ihr Angriff gegen Stalin, gegen seine Ideen und sein Werk sind Versuche, um den Marxismus-Leninismus durch den Revisionismus in Theorie und Praxis zu ersetzen.**

Mit hinterhältigen Tricks, mit Täuschungen und Verleumdungen versuchen die Revisionisten diesen Verrat am Kommunismus in die internationale Weltbewegung hineinzutragen und ihr den Weg der Konterrevolution aufzuzwingen. Aber es ist ihnen nicht gelungen. **Gegen den chruschtschowschen Verrat sind die Partei der Arbeit Albaniens und die Kommunistische Partei Chinas prinzipienfest aufgetreten und haben das Banner Stalins gegen den Schmutz der Revisionisten erhoben und verteidigt.** Sie stellten die zutiefst grundsätzliche Frage: Soll man die historischen Haupterfahrungen der Sowjetunion und der KP der Sowjetunion auch in Zukunft auswerten und den von Lenin und Stalin gewiesenen Weg einschlagen, oder sollen die Völker, die für den Sozialismus kämpfen, einen anderen Weg, den Weg des Verrats und der Entartung des Sozialismus, den Weg der Wiederherstellung des Kapitalismus, auf den sie N.Chruschtschow und seine Gruppe zu führen trachten, einschlagen?

In vielen anderen kommunistischen Parteien aber bekamen durch den chruschtschowschen Verrat die Opportunisten und Revisionisten Oberwasser und verwandelten die kommunistischen Parteien in Agenturen der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. Doch auch in diesen Parteien entwickelte sich der Kampf um die revolutionäre Linie, um die Haltung zu dem von Lenin und Stalin gewiesenen Weg. Dabei war den aufrechten Marxisten-Leninisten der konsequente Kampf der Partei der Arbeit und der Kommunistischen Partei Chinas eine außerordentlich wichtige Hilfe.

Auch in Westdeutschland, in der alten KPD, wo die Revisionisten den Parteiapparat erobert hatten, entbrannte dieser Kampf, wurde die Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin von den Marxisten-Leninisten gegen die modernen Revisionisten verteidigt. Doch als die revolutionäre Linie in der entarteten Partei nicht mehr durchgesetzt werden konnte, schlossen sich die Marxisten-Leninisten zusammen und gründeten eine neue Kommunistische Partei, die die Traditionen der revolutionären KPD fortführte, die KPD/ML. **Von Anfang an hat die KPD/ML den Namen Stalins auf ihr Banne geschrieben. So veröffentliche der ROTE MORGEN in der Ausgabe zur Gründung der KPD/ML die Zwölf Thesen Stalins zur Bolschewisierung der KPD. Sie waren und sind die Richtschnur, um eine Partei aufzubauen, die konsequent den Weg Lenins und Stalins geht.**

**Wer im Kampf gegen den modernen Revisionismus J.W.Stalin und sein Werk prinzipienfest und entschlossen verteidigt, der verteidigt den Marxismus-Leninismus, die internationale kommunistische Bewegung und die historischen Errungenschaften der Sowjetunion Lenins und Stalins, die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats, die Sache des Sozialismus und Kommunismus. Das ist eine vorrangige Aufgabe aller Revolutionäre, aller wahrhaften Marxisten-Leninisten.**

## Lied über Stalin

*Es schwingt über Gipfel und Täler und Gauen*
*mit Schwingen des Adlers ein herrliches Lied.*
*Das Lied über Stalin, dem alle vertrauen*
*zu dem wir in Liebe und Freundschaft erglüht.*

*Es fliegt wie ein Zugvogel über die Länder,*
*wie gern hätt' der Feind ihm die Grenzen verstellt.*
*Es hören die Völker den heimlichen Sender,*
*kein Posten, kein Pfosten verwehrt ihm die Welt.*

*Es fürchtet nicht Not und nicht Tod und Beschwerde,*
*es dringt in der Schinder verfallne Bastion.*
*Es singen das Lied alle Kulis der Erde*
*und alle Soldaten der Revolution.*

*Sie singen das Lied, und es schließt sie zusammen,*
*so schafft sich die Einheit der Schaffenden Recht.*
*Es schlagen aus Funken gefährliche Flammen,*
*die Völker marschieren zum letzten Gefecht.*

*Wir lassen mit Stolz unser Sturmlied erklingen,*
*wir führen zum Siege den Stalinschen Plan.*
*Wenn wir unser glückliches Leben besingen,*
*wir wissen mit wem wir das Tagwerk getan.*

*Es schwingt über Gipfel und Täler und Gauen*
*wo Flieger sich grüßen in Wolken und Wind:*
*Das Lied über Stalin, dem alle vertrauen,*
*dem alle wir treu und verantwortlich sind.*

### RAF-Gefangene

# Folterung durch Zwangsernährung

**Gerade anläßlich des Sartre-Besuches bei Genossen Baader log die Bourgeoisie das Blaue vom Himmel herunter, um den Hungerstreik der politischen Gefangenen gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft als „Spinnerei" zu diffamieren. Wie die Wirklichkeit aussieht, zeigt eine Pressemitteilung der Rechtsanwälte Groenewold, Degenhard und Köncke vom 6.12., die wir im folgenden abdrucken.**

Auf Anweisung des medizinischen Referenten in der Justizbehörde Hamburg, **Dr. Friedland,** sind die politischen Gefangenen Werner **Hoppe** und Wolfgang **Quante** mit Gewalt zwangsernährt worden.

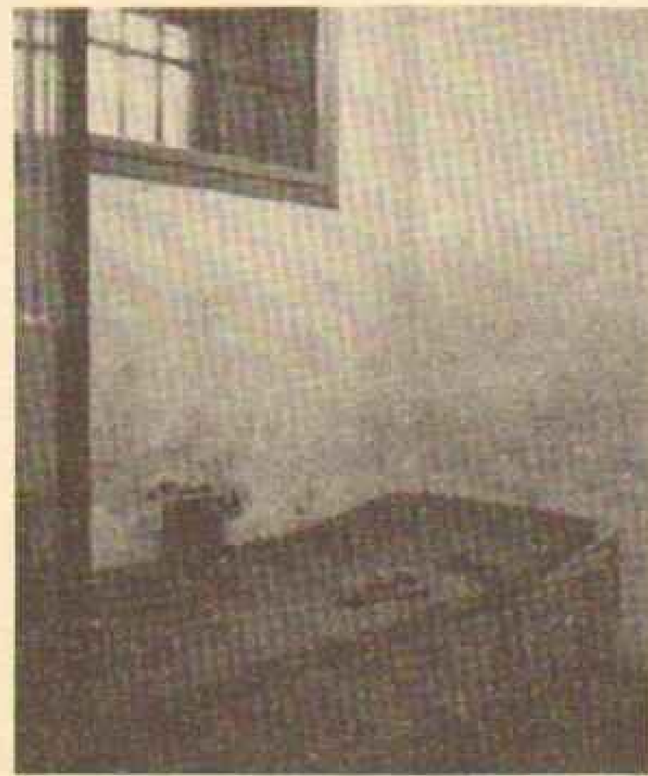
Am Donnerstag gegen 11 Uhr wurde Hoppe in der Zelle von Sanitätern und Schließern überfallen. Er wurde an Armen und Beinen über den Flur ins ZKH geschleift, mit Knebelketten gefesselt und auf eine in ein Bett eingebaute Waage gezerrt. Damit Hoppe sich nicht bewegen konnte, wurden die Knebelketten noch fester gedreht und seine Fußgelenke verdreht. An den Knebelketten wurde Hoppe dann in die Ambulanz zur Zwangsernährung geschleift.

Hoppe wurde der Mund mit Gewalt geöffnet. Die Ärzte versuchten zunächst, ihm einen Gummiklotz zwischen die Zähne zu schieben und als das nicht gelang, den Mund mit einer Zange aufzusperren. Als Hoppe sich gegen die Zange zur Wehr setzte, wurden ihm auf Anordnung von Friedland Mund und Nase so lange zugehalten, bis er keine Luft mehr bekam und die Ärzte ihm Gummiklotz und Schlauch in den Mund gepreßt hatten.

Nach der Zwangsernährung wurde Hoppe drei Stunden in der Zelle angeschnallt und an Händen und Füßen gefesselt. Er konnte anschließend nicht mehr stehen und laufen. Sein Kreislauf war so geschwächt, daß er sich nicht mehr sicher bewegen und nicht mehr deutlich sprechen konnte.

Gegen Wolfgang Quante wurden von den Ärzten des ZKH am Donnerstag und Freitag dieselben Gewaltmaßnahmen bei der Zwangsernährung angewendet. Auch Quante wurde am Freitag nach der Zwangsernährung noch zweieinhalb Stunden an Händen und Füßen in der Zelle gefesselt."

Das also ist die „medizinische Behandlung", mit der der Staat für die politischen Gefangenen „sorgt". Nichts kann deutlicher beweisen, daß unter den Bedingungen der Vernichtungshaft der Sinn der Medizin, um die Gesundheit der Menschen zu kämpfen, sich in sein totales Gegenteil verkehrt. Entweder die Medizin dient direkt der Vernichtung der politischen Gefangenen wie bei der Zwangsernährung, oder verlängert das Leben der Revolutionäre einzig und allein, um ihren jetzt taktisch nicht mehr für klug gehaltenen Tod aufzuschieben wie bei der geplanten Überführung der politischen Gefangenen in ge-



**Sogenannte Beruhigungszelle in Hamburg. Magnetfesselung auf der Pritsche.**

fängnisinterne Intensivstationen, wo die Revolutionäre 24 Stunden täglich mit einem Monitor überwacht auf Liegen festgeschnallt gegen ihren Willen medizinisch mißhandelt werden sollen.

Die Verteidiger der RAF-Genossen haben in dieser Situation erneut einen eindringlichen Appell an die Justiz gerichtet, sofort die Haftbedingungen bei den isolierten Gefangenen zu ändern. Dies muß die Forderung aller fortschrittlichen Menschen sein!



## KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

**MÜNCHEN**

**Am 15.11.74 hatte Staatsanwalt Wahl in einem Prozeß gegen den Genossen Peter K. seine schriftlichen Aufzeichnungen beschlagnahmen lassen. Genosse Peter erhielt jetzt einen offiziellen Beschlagnahmebeschluß, in dem die Beschlagnahme dreier Zettel bestätigt wird, weil sie den Tatbestand der §§ 90a/I Nr.1 und 185 ff erfüllen würden. (Verächtlichmachung der Bundesrepublik bzw. Beleidigung). Als „Beweis" dienen folgende Sätze auf einem der Zettel: „Dieses Strafverfahren zeigt, daß die bürgerliche Klassenjustiz immer mehr sich faschistischen Vorbildern annähert. ." und „Das Gericht trägt selbst dazu bei, Rechtsstaatsillusionen im Volk zu zerstören." Als Staatsanwalt Wahl diesen Zettel, der mit den Worten „Zum Schlußwort" beginnt, beschlagnahmen ließ, hatte Genosse Peter sein Schlußwort überhaupt noch nicht gehalten. Er gab seine abschließende Erklärung erst am 19.11. ab und außerdem anders, als auf diesem Zettel konzipiert. Die beiden anderen beschlagnahmten Blätter enthalten einmal die Worte: Erklärung, Verteidigung (vom Gericht in Erklärung, Verteilung abgewandelt) und zum anderen wörtlich mitgeschriebene Aussagen von Polizeizeugen. Diese Tatsachen beweisen, daß die sich inzwischen häufenden Beschlagnahmungen von Prozeßunterlagen der Angeklagten keinen anderen Zweck haben, als eine erneute Verurteilung von Kommunisten zu erreichen.**

**WESTBERLIN:**

Am 4.12. standen in Westberlin zwei Rotgardisten vor dem bürgerlichen Klassengericht, denen vorgeworfen wird, im März eine Parole gemalt zu haben für den „Freispruch und die sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi". Wer in die Verhandlung wollte, mußte sich vollständig durchsuchen und mit Sonden abtasten lassen. Noch zu Beginn des Prozesses wurde die Öffentlichkeit für die gesamte Verhandlung ausgeschlossen. Die Zuschauer unterstützten aber die Genossen von draußen weiter, indem sie laut Parolen gegen die Klassenjustiz riefen. Die beiden Rotgardisten wurden zu 300 bzw. 600 DM Geldstrafe verurteilt.

**NEW YORK:**

In New York sollte der 22-jährige Daniel Carranza vor Gericht gestellt werden, weil er 200 Straftaten darunter Einbruch, bewaffneten Raub, Brandstiftung, Notzucht und Überfall und Totschlagabsichten begangen hatte. Das Verfahren wurde jedoch eingestellt. Carranza braucht keine Strafe zu fürchten, denn er genießt als Spitzel der Polizei Immunität.

### Prozeß in Bochum

# Richter droht mit Verbot des KSB/ML

**Vor fast vier Jahren – im Januar und Februar 1971 – folgten an der Ruhruniversität Bochum hunderte von revolutionären und antifaschistischen Studenten einem Aufruf des KSB/ML und verhinderten zweimal einen Vortrag des Soziologen E. Scheuch. Bekannt als Apologet und Verteidiger des Imperialismus, war Scheuch auch Gründungsmitglied und Pressesprecher des reaktionären „Bundes Freiheit der Wissenschaft." Diese Tatsachen machten Scheuchs Auftreten an der RUB zu einer Provokation für jeden fortschrittlichen Studenten.**

Seit dem 22. November 1974 findet deshalb in Bochum ein Prozeß gegen drei ehemalige Studenten statt. Ihnen wird laut Anklageschrift vorgeworfen, Scheuch durch „andauernde laute, teilweise über ein Megaphon gerufene Zwischenrufe gewaltsam an der Durchführung des Referats gehindert zu haben." So lange auch das fragliche Ereignis schon zurückliegt, so lächerlich auch der Anklagevorwurf – Gewaltanwendung durch Zwischenrufe – zu sein scheint – es wird in Bochum ein Riesenprozeß daraus gemacht. Ein Prozeß, der bisher schon vier Verhandlungstage dauert und der bereits bis ins nächste Jahr geplant ist. Eine große Zahl Zeugen sind aufgeboten, darunter Scheuch selbst und die „prominentesten" der reaktionären Soziologie-Professoren der RUB. An ihrer Vernehmung zeigte sich besonders gut die „Arbeitsweise" des bürgerlichen Klassengerichts: Der Richter half diesen Zeugen in jeder Weise, er legte ihnen die richtigen Antworten in den Mund, wenn sie sich zu sehr in Widersprüche verwickelten. Ein Prozeßzuschauer sagte dazu, man könnte meinen, der Richter sei der Verteidiger der reaktionären Zeugen.

**Unter den Zeugen fehlte auch ein Vertreter des revisionistischen „M"SB Spartakus nicht. Ursprünglich selbst angeklagt, dann auf Geheiß des Staatsanwaltes von der Anklage befreit, erging dieser Revisionist sich vor Gericht in Bekenntnissen zur ‚Demokratie' und gegen Gewaltanwendung. Er redete zum Richter „von Mensch zu Mensch", von „Demokrat zu Demokrat": *„Herr Richter, wenn Sie als Student da in der Menge säßen und der Scheuch lehnte jede demokratische Diskussion ab – wären Sie da nicht auch empört?"***

Und der Richter ließ an seiner „demokratischen Gesinnung" keinen Zweifel. Zunächst ließ er ganz nebenbei durchblicken, daß es bei diesem Prozeß nicht so sehr um die „Gewaltanwendung durch Zwischenrufe" geht, sondern um die KPD/ML und ihre Studentenorganisation, den KSB/ML. Später wurde er genauer: Er beschäfitge sich schon lange mit der KPD/ML, sagte er. Aus Veröffentlichungen und Zeitungsausschnitten, die er sammelt, sei ihm bekannt, daß die KPD/ML sich zu revolutionärer Gewalt bekennt und diese auch anwendet. Z.B. am Antikriegstag 1972 in München. Die Verhinderung des Vortrages von Scheuch, zu der der KSB/ML ja aufgerufen hatte, liege auf dieser Linie der Gewaltanwendung. Von daher sei es zu prüfen, ob dieser Prozeß nicht die Kompotenzen des Bochumer Amtsgerichts übersteigt und vielmehr an die Staatsschutzkammer bzw. an das Bundesverfassungsgericht überwiesen werden muß.

Dem Richter sekundierte der Staatsanwalt: Es geht nicht so sehr um die konkrete Tat an sich, wichtiger ist die Gesinnung, mit der sie verübt wurde, sagte er.

Die Andeutungen des Richters, seine Drohungen mit einem Verbot der KPD/ML und/oder des KSB/ML zeigen: Im Scheuch-Prozeß startet die Bourgeoisie einen Angriff auf das Proletariat und seine Partei, die KPD/ML. Sie richtet diesen Angriff gegen ein entscheidendes Prinzip des Marxismus-Leninismus – die Rolle der revolutionären Gewalt. So trägt die Bourgeoisie mit diesem Prozeß unfreiwillig dazu bei, den Trennungsstrich zwischen den modernen Revisionisten und der KPD/ML klarer werden zu lassen. Im Kampf gegen diesen Angriff der Klassenjustiz werden die Partei und ihre Jugendorganisation die Schwierigkeiten der Bourgeoisie nutzen, um die Massen für den Marxismus-Leninismus und den Kampf an der Seite der KPD/ML für die sozialistische Revolution zu gewinnen.




**Der KSB/ML führt an den Universitäten den Kampf für das revolutionäre Bündnis der Studenten mit der Arbeiterklasse. Hier bei einer Demonstration 1973 in München.**

## Erklärung der RAF-Gefangenen

Die Gefangenen aus der RAF erklären:

Aktionen der RAF richten sich niemals gegen das Volk!

Die Bombe, die am Samstag im Bremer Hauptbahnhof explodierte, erweist sich durch die Wahl des Ziels als Fortsetzung der Praxis der Staatsschutzpolizei: zur Einschüchterung und Disziplinierung des Volkes benutzt sie nicht mehr allein das Mittel der Drohungen, mit Bomben wie im Juni 1972 gegen Stuttgart, mit Raketen wie im März 1974 gegen Millionen Zuschauer in der Fußballweltmeisterschaft, mit Trinkwasserverseuchung wie im August 1974 gegen die Bevölkerung Baden-Württembergs. Die Staatsschutzpolizei ist jetzt dazu übergegangen, ihre Provokationen in die Tat umzusetzen mit dem Risiko, unter der Bevölkerung ein Blutbad anzurichten.

### Prozeß in Hamburg:

# 5 Zeugen aus der Bevölkerung verhalfen zum Erfolg

**Anfang Juni dieses Jahres waren mehrere Hamburger Genossen beim Verkauf des ROTEN MORGEN am Langenhorner Markt von Polizeibeamten brutal überfallen und festgenommen worden. Jetzt im November war der erste Prozeß gegen einen der Genossen.**

Er hatte Berufung eingelegt gegen einen Strafbefehl über insgesamt 1 300 DM wegen Nichtvorzeigen seines Personalausweises, angeblichem Widerstand und Körperverletzung. Die Staatsanwaltschaft hatte 5 Polizeizeugen gegen den Genossen aufgefahren, dieselben, die ihn damals zusammengeschlagen hatten. Als einer der ersten beiden Polizeizeugen sich nach vorn beugte, um für das Gericht eine Skizze des AP-Standes der Partei aufzuzeichnen, kam auf einmal eine Pistole zum Vorschein. Der gleiche Polizist stand übrigens bei einer späteren Verhandlung mit einer Maschinenpistole bewaffnet vor dem Gericht.

**Während die ersten beiden Polizeizeugen das Blaue vom Himmel heruntergelogen hatten, um die Anklage gegen den Genossen zu beweisen, verschlug es den anderen plötzlich die Sprache. Als bekannt wurde, daß der Genosse 5 Zeugen aus der Bevölkerung hatte, beschränkten sie sich darauf, festzustellen, sie könnten sich an nichts mehr erinnern.**

Die Zeugen des Genossen waren Passanten, die damals den Polizeiüberfall miterlebt hatten: Zwei Arbeiter, ein Gartenbaumeister, ein Hochschullehrer. Sie alle sagten aus, daß die Polizei äußerst brutal gegen die Genossen vorgegangen wäre. Einer hatte den Polizeiterror am eigenen Leib erlebt. Die Polizisten nahmen ihm den Film fort mit Aufnahmen über den Polizeiüberfall.

Zurück bekam er eine leere Filmrolle. Als gefordert wurde, die Fotos über den Polizeiüberfall als Beweismittel einzuholen, erklärte das Gericht: Der Film sei ja da, die Polizei habe ihn ja zurückgegeben. **Solche unverschämten Lügen konnten aber nicht mehr vertuschen, daß das Gericht durch die Unterstützung, die der Genosse aus der Bevölkerung erhalten hatte, in die Enge getrieben war. In den Hauptanklagepunkten mußte der Genosse freigesprochen werden. Das Urteil lautete: 300 DM Geldstrafe wegen Nichtvorzeigen eines Personalausweises.**

## Vor 20 Jahren in Algerien

# Beginn des Volkskrieges gegen die französischen Imperialisten

**Am 1.11.1954 begann das algerische Volk den bewaffneten Befreiungskrieg unter Führung der nationalen Befreiungsfront gegen die französischen Imperialisten, die 1830 das Land erobert hatten. Sieben Jahre später endete dieser Kampf mit der Niederlage der Imperialisten und dem Sieg des Volkes, das heute fest in der Front der Länder der dritten Welt gegen die beiden Supermächte steht.**

**In einer Grußadresse von „Humanite Rouge" an das algerische Volk heißt es dazu: „132 Jahre lang hat der französische Kolonialismus gegenüber dem algerischen Volk die übelsten Schandtaten begangen: politisch, militärisch und kulturell. Er hat sich unzähliger Verbrechen schuldig gemacht und mit militärischer Gewalt in der Zeit von 1830 bis 1962 mehr als drei Millionen Algerier ermordet.**

**Aber das algerische Volk kämpfte gegen die unrechtmäßige und verbrecherische Eroberung und Beherrschung durch die französische Bourgeoisie und leistete erbitterten, heldenhaften und andauernden Widerstand...**

**Am 1.11.54 erhob sich die algerische Nation, um mit aller Kraft die kolonialistische Ausbeutung und Unterdrückung abzuschütteln und ihren Befreiungskampf bis zum siegreichen Ende zu führen. Dabei haben die algerischen Patrioten den einzigen Weg eingeschlagen, der historisch erwiesen, ihr Land zum Sieg führen konnte: den Weg des revolutionären Volkskrieges. Auf ihre eigenen Kräfte vertrauend und auf die Kraft der Volksmassen, namentlich die zahlenmäßig am stärksten und am meisten unterdrückte Schicht des Volkes, die Bauernmassen, haben die ersten algerischen Kämpfer mit einfachsten Mitteln, mit Knüppeln, Mistgabeln und primitiven Waffen den Panzern, Flugzeugen und modernen Waffen der französischen Imperialisten standgehalten... So hat auch das algerische Volk erneut die historische Wahrheit bestätigt, daß eine gerechte Sache immer siegen wird, wenn sie sich auf die unbesiegbare Kraft der breiten Volksmassen stützt.'**

Das algerische Volk hatte damals aber nicht nur gegen die französischen Imperialisten zu kämpfen, sondern auch gegen ihre Handlanger die modernen Revisionisten, die alles tun, um die imperialistischen Interessen der französischen Bourgeoisie gegen die unterdrückten Völker, aber auch gegen die französische Arbeiterklasse durchzusetzen. So erschien 8 Tage nach der Aufnahme des bewaffneten Volkskriegs in Algerien eine Stellungnahme der revisionistischen Führung der „K"PF in der es zu den Ereignissen in Algerien hieß: „....kann die KPF niemals das Mittel des individuellen Terrors billigen, denn er ist nur Wasser auf die Mühlen der schlimmsten Kolonialisten, wenn er nicht sogar von ihnen selber stammt."



Algerische Freiheitskämpfer.

Während einerseits der bewaffnete Kampf des algerischen Volkes verteufelt wurde, wurde auf der anderen Seite die große Sympathie die im französischen Volk für den nationalen Befreiungskampf Algeriens vorhanden war, offen bekämpft. Als ein junger Genosse am 2.7.56 in einem Brief an den französischen Präsidenten erklärte, warum er nicht bereit sei, auf algerische Patrioten zu schießen, da wurde er von Revisionistenführer Thorez persönlich hart kritisiert.

Heute wollen die modernen Revisionisten solche Taten natürlich nicht mehr wahrhaben. Aber wie verräterisch ihre Solidaritätsbekundungen mit dem algerischen Volk sind, zeigt sich auch heute an ihrer Haltung zu den rund 800 000 Algeriern, die heute noch gezwungen sind, in Frankreich zu arbeiten. Sie treten weder dem von den Imperialisten geschürten Rassismus entgegen, noch denken sie daran, klarzustellen, daß die Schuld für diese erzwungene Emigration die französischen Imperialisten tragen, die das Land ausplünderten und den Aufbau einer Wirtschaft verhinderten. Dafür findet man aber zum Beispiel in den Oktobernummern der „Humanite" dieses Jahres Sympathiebekundungen für reaktionäre Franzosen, die früher in Algerien lebten und die zum Beispiel jetzt in einem von der OAS (Organisation Geheimdienst) gegründeten „Bund oppositioneller Soldaten Algeriens' zusammenarbeiten, der unter anderem für die Anschläge auf Algerier in Marseille verantwortlich ist.

Die gleiche Haltung wie gegenüber dem algerischen Befreiungskampf beweisen die modernen Revisionisten im übrigen heute gegenüber den von den französischen Imperialisten unterdrückten Völkern Guyanas, Gudaelupes, Martiniques und der Reunion, indem sie anstelle der Forderung nach der nationalen Unabhängigkeit dieser Länder die Forderung verbreiten, daß diese Länder Marionettenregierungen bekommen, so wie es damals auch für Algerien geplant war.




Das Siegel des 20. Jahrestages der Unabhängigkeit Algeriens.

Entgegen dieser verräterischen Politik der modernen Revisionisten an den Interessen der Völker und auch des algerischen Volkes, steht die KPF/ML fest an ihrer Seite. In der Grußadresse von „Humanite Rouge" heißt es dazu: **„Gegenwärtig betrachten es die marxistisch-leninistischen Kommunisten Frankreichs als eine dringende Verpflichtung, alles zu tun, um im eigenen Land eine beständige und wirksame Solidarität herzustellen, und zwar eine Solidarität der Tat und nicht der Versprechungen und Deklarationen, eine Solidarität mit dem Kampf der Länder, Nationen und Völker auf der ganzen Welt und auch mit der algerischen Regierung, und dem algerischen Volk, das an der Front dieses weltweiten Kampfs steht, denn dieser Kampf ist heute der Motor der Geschichte."**

# "Marxismus-Leninismus- Was ist das, daß ein Mensch dafür in den Tod geht?"

**Bei den gemeinsamen Aktionen gegen die „Iran-Woche" der persischen Schah-Faschisten erzählten uns iranische Genossen folgendes über den Kampf in ihrem Heimatland:**

Vor einigen Monaten haben die Henker des Schah den berühmten iranischen Lyriker K. Golzorkhin unter dem Vorwand, er hätte ein Kind des Schah entführen wollen, öffentlich hingerichtet. In der vorhergehenden Gerichtsverhandlung wollten die Schahfaschisten aus seiner Verurteilung eine große Show machen und übertrugen den Prozeß im iranischen Fernsehen. Die Übertragung dauerte jedoch nur eine halbe Minute. Denn der Dichter Golzorkhin erkannte die Gelegenheit und ergriff das Wort. In kurzen Sätzen entlarvte er die erlogenen Vorwürfe gegen ihn, prangerte den Faschismus und den Imperialismus an und rief den Millionen Fernsehzuschauern zu: „Ich werde ermordet werden, nicht wegen der erlogenen Vorwürfe, sondern weil ich ein Marxist-Leninist bin! Für den Marxismus-Leninismus gehe ich in den Tod."

Hastig brachen die iranischen Faschisten die Fernsehübertragung ab. Aber sie konnten diese Worte nicht mehr auslöschen. Als Golzorkhin hingerichtet wurde, standen überall im Land an den Mauern große Parolen: „Es lebe Golzorkhin.'

Vor dem Neujahrsfest waren im ganzen Iran Neujahrs-Glückwunschkarten innerhalb eines Tages ausverkauft, auf denen eine rote Rose abgebildet war. Denn „Golzorkhin" bedeutet „Rote Rose."

In Schulen und Universitäten kam es zu spontanen Massenkundgebungen unter Parolen wie „Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime, es lebe Golzorkhin!" Schüler fordern ihre Lehrer auf, den Dichter im Unterricht zu behandeln.

Die Arbeiter aber, so erzählen die iranischen Genossen, sitzen in den Teehäusern, unterhalten sich leise, und fragen immer wieder: „Marxismus-Leninismus — was kann das sein, daß so ein Mensch dafür mutig in den Tod geht? "

**Spendet zur Unterstützung des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes auf das Konto:**

**Vorstand der KPD/ML**
**Spendenkonto**
**Stadtsparkasse Dortmund**
**Kto. Nr. 321 004 547**
**Stichwort: KAMBODSCHA**

# Aus aller Welt

**VIETNAM:**

Die Marionettentruppen der Thieu-Clique erleiden in Südvietnam täglich neue, schwere Niederlagen. Im fruchtbaren Mekong-Delta hatte die Thieu-Clique schon seit langem unter Bruch des Pariser Abkommens illegale Stützpunkte in den befreiten Gebieten errichtet. Das Volk von Südvietnam und seine bewaffneten Streitkräfte haben nun den Angriffen gegen diese illegalen Stützpunkte der Saigoner Clique eröffnet. Obwohl diese eine große Anzahl von Soldaten zusammenzog, um ihre illegalen Stützpunkte zu verteidigen, haben die Volksstreitkräfte zwei große illegale Stützpunkte vernichtet und die Marionettensoldaten vertrieben. Das „Oberkommando" der Saigoner Behörden mußte selbst zugeben, daß bei dieser Schlacht 3 000 seiner Soldaten vernichtet wurden. Während sie in Wirklichkeit selbst die Aggressoren sind, verleumdet die Thieu-Clique und ihr Oberherr, der USA-Imperialismus, die Demokratische Republik Vietnam, die Kämpfe angezettelt zu haben. Gleichzeitig behaupten sie, die Volksstreitkräfte wollten die Reisernte rauben, „um die Wirtschaft des Landes zu schädigen." Abgesehen davon, daß dieser Reis der Bevölkerung der befreiten Gebiete gehört, ist es in Wirklichkeit die Thieu-Clique, die durch Spekulation und Wuchergeschäfte mit Reis große Teile der Bevölkerung in den von ihr besetzten Gebieten in Hunger und Not stürzt. Und es ist noch nicht vergessen, daß die US-Imperialisten in ihrem Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk, in verbrecherischer Weise blühende Reiskulturen mit Bomben und giftigen Chemikalien bombardierten und in Wüste und Brachland verwandelten. Die Empörung der Bevölkerung über die faschistische Diktatur der Thieu-Clique wächst ständig weiter. Am 28. November demonstrierten zehntausende von Menschen in Saigon, kämpften mit Steinen und Stöcken gegen die Polizei und steckten mehrere Polizeifahrzeuge in Brand.

**SPANIEN:**

Für ihre politischen und wirtschaftlichen Forderungen sind ca. 100 000 baskische Arbeiter und andere Werktätige in den Streik getreten. Sie fordern u.a. Lohnerhöhungen und die Freilassung der politischen Gefangenen. Diesem Streik angeschlossen haben sich auch 9 000 Arbeiter der Nachbarprovinz Navarra, 10 000 Arbeiter von SEAT, 6 000 Arbeiter von El Ferrol und 8 500 Bankangestellte in Barcelona. Auch in anderen Orten Spaniens kommt es immer wieder zu Streiks, Versammlungen und Demonstrationen. Die Streikwelle, die sich in Spanien seit einigen Wochen immer mehr ausbreitet, zeigt die wachsende Zerrüttung des Franco-Regimes und die tiefe Unzufriedenheit des Volkes mit der Yankee-frankistischen Diktatur. Um den Kampf der Arbeiter und anderen Werktätigen zu unterdrücken, hat die Franko-Polizei erneut auf demonstrierende Arbeiter in San Sebastian das Feuer eröffnet und einen Demonstranten schwer verletzt. In Barcelona versuchten Polizisten, eine Demonstration anzugreifen, und Spruchbänder herunterzureißen. Sie wurden aber von den Demonstranten, unter Führung von Genossen der FRAP, in die Flucht geschlagen, zwei von ihnen wurden verletzt. Im ganzen Land hat die FRAP darüberhinaus Flugblätter verteilt, in denen sie zur Solidarität mit den ausgesperrten Arbeitern und den am 1. und 2. Mai 1973 verhafteten Patrioten aufrief.

# HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

| UHRZEIT: | WELLENLÄNGE: |
|---|---|
| **1. Programm:** | |
| 13.00 — 13.30 | 32 und 41 Meter |
| 16.00 — 16.30 | 32 und 41 Meter |
| 19.00 — 19.30 | 41 und 50 Meter |
| **2. Programm:** | |
| 14.30 — 15.00 | 32 und 41 Meter |
| 18.00 — 18.30 | 32 und 41 Meter |
| 21.30 — 22.00 | 41 und 50 Meter |
| **3. Programm:** | |
| 6.00 — 6.30 | 41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle |
| 23.00 — 23.30 | 41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle |

RADIO PEKING

für Winter: 43,7; 42,8 und 38.5 Meter
für Sommer: 26,2 Meter
jeweils 20.00 — 21.00 und 21.00 — 22.00 Uhr



32 Meter entspricht 9,26 MHz;
41 Meter entspricht 7,23 MHz;
50 Meter entspricht 5,95 MHz;
215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.

# Nieder mit dem Schah-Regime!

**Am 8. und 9. Dezember hatte das faschistische Schah-Regime zu zwei Veranstaltungen der „Iran-Wochen" ins noble Hamburger „Congress-Centrum" eingeladen, um das Blutregime des Schahs im Iran als demokratisch und fortschrittlich zu verkaufen. Empört über diese Lügenschau hatten sich iranische Patrioten und Genossen der KPD/ML vorgenommen, auf den beiden Veranstaltungen die Wahrheit über das faschistische Schah-Regime zu verbreiten, in dessen Kerkern 40 000 politische Gefangene gefoltert werden, das jede Woche zwei Gegner des Regimes ermorden läßt, das Volk aussaugt und die Reichtümer des Landes an die Imperialisten verschachert.**

Schon vor Beginn der beiden Veranstaltungen zeigte sich, daß die Propagandisten der „Freundschaft des deutschen und iranischen Volkes" Angst hatten vor den iranischen Patrioten in der Bundesrepublik und den revolutionären und fortschrittlichen Menschen in unserem Land. Deshalb hätten sie die Veranstaltungen am liebsten in aller Stille, unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführt. Andererseits aber hatten sie vorher ein großes Tamtam gemacht, die ganze Sache groß angekündigt. Um aus ihrem Dilemma herauszukommen, wollten die iranischen Faschisten Karten nur an „ehrenwerte" Bürger verkaufen. Die iranischen Patrioten und deutschen Genossen stellten sich darauf ein, kleideten und benahmen sich wie „ehrenwerte" Bürger, bekamen aber für den ersten Abend nur zwei Eintrittskarten. Trotzdem gelang es, eine ganze Reihe weiterer Genossen in die Veranstaltung einzuschmuggeln.

**Und als die Faschisten gerade ihre erste Darbietung über die Bühne gebracht hatten, ertönten plötzlich im Zuschauerraum laute Parolen: „Nieder mit dem Schah-Regime! Tod dem Faschismus im Iran! Tod dem Schah!"** Alle Zuschauer wandten den Kopf zu dem mutigen iranischen Patrioten, der sie rief.

Die Propagandisten des Schah-Regimes ließen sofort ihre Maske aus Folklore, Fortschritt und Demokratie fallen und zeigten, wie das Regime in Wirklichkeit aussieht: nackter faschistischer Terror, SAVAK-Terror. Erst sechs, dann acht, dann zehn SAVAK-Agenten sprangen auf den Patrioten zu, prügelten brutal auf ihn ein und versuchten, ihm vor allem den Mund zuzuhalten. Schließlich gelang es ihnen, den Patrioten unter großen Tumulten aus dem Saal zu prügeln. **Schlagartig wurde dabei enthüllt, daß die Hälfte der ca. 200 Anwesenden gar keine Gäste, sondern „im Dienst" waren — fünfzig z. T. extra aus dem Iran eingeflogene SAVAK-Agenten, deutsche Zivilspitzel, und selbst die befrackten Kellner, Ordner und Lakaien des Congress-Zentrums waren Polizisten.**

Eine iranisch-deutsche Familie war so empört über die Brutalität der SAVAK-Agenten, die von deutschen MEK-Schlägern unterstützt wurden, daß sie aus Protest den Saal verließ und Genossen in ihrem Auto vor den Polizisten, die die Eingänge des Saales abgesperrt hatten, versteckten. Drinnen im Saal hörten aber die Rufe und Proteste empörter Patrioten und Revolutionäre gegen das Schah-Regime nicht auf und die Veranstaltung wird in aller Eile zu Ende gebracht.

**Als sich am Ende alle erhoben, um zu gehen, hielt sie jedoch ein sehr gut gekleideter Herr zurück. Er stand an der Bühne und sagte: „Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor Sie nun heimgehen, bitte ich noch einmal um ihre Aufmerksamkeit..." Alle sahen zur Bühne. Die Polizisten rührten sich nicht. Sie dachten, das gehört noch zum Programm. Aber dann fuhr der „Herr" im dunklen Anzug fort: „Während hier gefeiert wird, wird im Iran gefoltert. 40 000 Menschen im Iran sind aus politischen Gründen eingekerkert..." Zugleich hallte die Parole „Tod dem faschistischen Schah-Regime!" durch den Saal und Stöße von Flugblättern segelten auf die Zuschauer herab. Während iranische und deutsche Polizisten auf allen Vieren auf den Teppichen herumkrochen und versuchten, die Blätter aufzulesen, standen die Genossen der CISNU draußen vor dem Centrum, verteilten Flugblätter und hielten eine Kundgebung ab.**

Obwohl die Polizei am nächsten Tag Handtaschen durchsuchte, jeden fragte, woher er seine Eintrittskarte hätte und „verdächtige" Personen aus dem Saal wies, wurde die Propagandaschau immer wieder von Parolen und Zwischenrufen empörter Patrioten und Genossen unterbrochen. Der gemeinsame Terror von SAVAK und deutscher Polizei konnte das nicht verhindern. Im Gegenteil. Alle einfachen Menschen unter den Gästen waren empört. Viele verließen unter Protest den Saal. Viele Besucher nahmen von den beiden Veranstaltungen einen unauslöschlichen Eindruck vom Iran mit nach Hause. **Allerdings nicht den Eindruck, den sich der iranische Konsul erhofft hatte, sondern einen Eindruck von den SAVAK-Folterknechten, der Zusammenarbeit der westdeutschen Polizei mit ihnen — und vom mutigen Kampf der iranischen Revolutionäre und antifaschistischen Patrioten.**

## NATO-Tagung
# Im Zeichen wachsender Kriegsgefahr

Fortsetzung von Seite 1

doch schwimmen.' Wir müssen selber ins Wasser, wenn wir verhindern wollen, daß wir eines Tages auf offener See selber schutzlos im Wasser liegen."

Das heißt im Klartext: **Bonn erklärt sich bereit, bei einer erneuten Aggression der US-Imperialisten und der israelischen Zionisten gegen die arabischen Völker aktive Unterstützung zu leisten. Außenminister Genscher hat bereits erklärt, daß man bei einem erneuten Krieg in Nahost den US-Imperialisten nicht mehr verbieten wolle, westdeutsche Flugplätze und Häfen für ihren Nachschub zu benutzen. Aber die Zusicherung Schmidts in den USA hat noch weiterreichende Konsequenzen. Nicht umsonst hat sich die Fertigstellung des Nato-Panzers ‚Gepard', an dessen Bau auch die westdeutschen Imperialisten beteiligt sind, um etliche Monate verzögert und im Preis fast verdoppelt, weil „die Erfahrungen des letzten Oktoberkrieges verarbeitet werden mußten."**

Für diese verstärkte Unterstützung der amerikanischen Kriegspläne machten sich die westdeutschen Imperialisten auch auf der Nato-Tagung stark. Fast in den gleichen Worten wie der US-Verteidigungsminister Schlesinger forderte auch Leber verstärkte Aufrüstung. Und Genscher erklärte: „Die politischen Verantwortlichen in der Nato haben nicht die Aufgabe, modischen Strömungen einer illusionären Entspannungspolitik zu folgen, sondern den Verteidigungswillen der Völker zu stärken!' Wie diese „Stärkung des Verteidigungswillens" der Völker aussieht, haben wir besonders im letzten Winter gesehen, wo mit Fahrverbot, kalten Wohnungen und angedrohten Arbeitslosen gegen die arabischen Völker gehetzt wurde, die angeblich die Schuld tragen sollten.

Eine ähnliche Welle der chauvinistischen Hetze läuteten jetzt die US-Imperialisten und in ihrem Gefolge die westdeutschen Imperialisten ein, wenn sie forderten, „egoistische nationale Interessen" zurückzustellen und das „Gemeinsame" in den Vordergrund zu stellen. Dieses „Gemeinsame" aber ist nichts anderes als das Interesse der US-Imperialisten, die mit der anderen Supermacht, den sowjetischen Sozialimperialisten um die Vorherrschaft in der Welt ringen.

Um sie zu unterstützen, beschlossen die europäischen Länder der Nato eine erneute Steigerung ihrer Rüstungsausgaben. 2 854 neue Panzerwaffen, 1 727 neue Luftwaffen und 39 neue Marinerüstungsprojekte sind für 1975 beschlossen worden.

Um ihre hegemonistischen aggressiven Interessen gegen die europäischen Staaten durchzusetzen, spekulieren die US-Imperialisten offen mit der wachsenden Sorge der europäischen Staaten vor dem säbelrasselnden Feind an ihren östlichen Grenzen, dem sowjetischen Sozialimperialismus. Die Tatsachen zeigen, daß es keineswegs das Geschrei einiger Reaktionäre ist, wie die modernen Revisionisten behaupten, wenn einige bürgerliche Zeitungen vor den kriegerischen Plänen der sowjetischen Sozialimperialisten gegenüber den westeuropäischen Völkern warnen. Die Truppen der Sozialimperialisten stehen heute in halb Europa. Trotz allen Abrüstungsgeschreis werden ununterbrochen neue Flugzeugträger, neue Panzer und Raketen hergestellt. Rund 80 Milliarden Dollar geben sie mittlerweile für ihre Rüstung aus. Eine völlig andere Frage ist aber, wie die westeuropäischen Völker sich gegen diese Bedrohung zur Wehr setzen sollen. Kann man sich denn aus Angst vor dem einen Räuber dem anderen an den Hals werfen, wie es die europäischen Imperialisten empfehlen, die vor den US-Imperialisten auf die Knie fallen und jammern, sie sollen um Gottes willen ihre taktischen Atomwaffen in Westeuropa lassen, sollen um Gottes willen ihre Truppen nicht reduzieren? Kann man den westdeutschen Imperialisten ihre Friedensbeteuerungen glauben, wenn sie im gleichen Atemzug erklären, daß sie „für den Frieden" die US-Imperialisten und die israelischen Zionisten aktiv bei einem Aggressionskrieg gegen die arabischen Völker unterstützen werden? Nein, das kann man nicht.

Das deutsche Volk darf die Augen vor den wachsenden Gefahr eines dritten Weltkrieges nicht verschließen. Aber dieser Weltkrieg kann nicht an der Seite der einen oder der anderen Supermacht oder an der Seite einer anderen imperialistischen Macht verhindert werden. Denn die Rivalität der beiden Supermächte um die Hegemonie in der Welt ist ja gerade die hauptsächliche Quelle für einen solchen neuen Weltkrieg. Nur im revolutionären Kampf gegen beide Supermächte, gegen den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, aber auch gegen ihre Gendarmen, wie den westdeutschen Imperialismus, läßt sich darum die Gefahr eines neuen weltweiten Krieges bannen.




Demonstration gegen den NATO-Terror in Nordhorn-Range.


# Geschenkabonnement

ROTER MORGEN

Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

Vom 1. Januar 1975 bis zum 31. Dezember 1975 wird der ROTE MORGEN per Postversand an folgende Adresse geschickt:

Name: ........................................

Postleitzahl/Ort: ........................................

Straße ........................................

Die Überweisung des Geschenkabonnements erfolgt durch:

Name: ........................................

Straße: ........................................

Postleitzahl/Ort: ........................................

Datum: .................... Unterschrift: ....................

## BESTELLSCHEIN

ROTER MORGEN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526
hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname........................................

Beruf ........................................

Postleitzahl/Ort ........................................

Straße ........................................

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift........................................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,- DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

## Parteibüros der KPD/ML

**Bielefeld:**
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten Mo. 16.30 – 18.30, Do. 16.30 – 18.30, Fr. 16.30 – 18.30, Sa. 9.00 – 13.00

**Bremen:**
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr

**Dortmund:**
Wellinghofer Str. 103, Tel: 0231/41 13 50, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

**Hamburg:**
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

**Hannover:**
Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Tel. 0511/44 51 62.

**Kiel:**
„Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel: 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

**Lübeck:**
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

**Mannheim:**
Lortzingstr. 6, Öffnungszeiten Mo. – Fr. 17.00 – 18.30 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr, Tel 0621/37 67 44.

**München:**
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

**Stuttgart:**
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel: 0711/43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.30 – 13.00 Uhr

**Westberlin:**
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel: 030/462 60 18, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus

Literatur und Zeitschriften aus den Volksrepubliken China und Albanien

Veröffentlichungen des Verlags ROTER MORGEN

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49

ROTER MORGEN

Jahrgang 1974

Der gesammelte Jahrgang 1974 im Einband und mit Inhaltsverzeichnis erscheint voraussichtlich in der letzten Januarwoche 1975 zum Preis von DM 30.– AB SOFORT sind GESCHENKGUTSCHEINE gegen Vorauszahlung auf unser Postscheckkonto Dortmund 417 06-466, Verlag G. Schubert, erhältlich.

Auf dem Empfängerabschnitt der Zahlkarte bitte den Absender deutlich angeben und vermerken: RM-Jahrgang 1974, Gutschein.

Wir bitten um Verständnis, wenn wir nur gegen Vorauszahlung liefern können.




# Delegation der KPD/ML aus Albanien zurück

# Brüderliche Kampfesgrüsse des Genossen Enver Hoxha an die deutsche Arbeiterklasse und an die Partei

Am 29. November feierte das albanische Volk den 30. Jahrestag seiner Befreiung und des Triumphs der Volksrevolution. Partei- und Staatsdelegationen aus der ganzen Welt waren in der Volksrepublik Albanien zu Gast. Auf Einladung der albanischen Genossen nahm auch eine Delegation der KPD/ML unter der Führung des Genossen Ernst Aust an den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag teil. Wie Genosse Ernst Aust auch in einem Interview im deutschsprachigen Programm Radio Tiranas unterstrich, war dieser Besuch ein Ausdruck der engen und sich vertiefenden Verbundenheit des deutschen und des albanischen Volkes, der Partei der Arbeit Albaniens und der KPD/ML.

Auf einer Veranstaltung in Dortmund berichtete Genosse Ernst Aust vor 600 – 700 Freunden und Genossen über die Eindrücke unserer Parteidelegation bei ihrem zehntägigen Aufenthalt in der Volksrepublik Albanien. Genosse Ernst Aust überbrachte der deutschen Arbeiterklasse und der Partei die brüderlichen Kampfesgrüße des Genossen Enver Hoxha, des 1. Sekretärs des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens.

Wir veröffentlichen im folgenden einige Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden unserer Partei auf der Dortmunder Veranstaltung. Mit dieser Beilage möchten wir unseren Lesern, von denen viele in den letzten Wochen große Anstrengungen gemacht haben, um das leuchtende Beispiel des heldenhaften albanischen Volkes und seiner ruhmreichen Partei der Arbeit unter den Werktätigen unseres Landes zu propagieren, einen Eindruck von den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag zu vermitteln, die ein glänzender Ausdruck des siegreichen Vormarsches des von der Partei der Arbeit und dem Genossen Enver Hoxha angeführten albanischen Volkes auf dem Weg des vollständigen Aufbaus des Sozialismus waren. Die großen Erfolge beim Aufbau des Sozialismus, die das albanische Volk am 30. Jahrestag seiner Befreiung mit großem Stolz feiern kann, sind ein großer Ansporn für die Völker und die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt in ihrem Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus.

ES LEBE DIE VOLKSREPUBLIK ALBANIEN, DAS LEUCHTFEUER DES SOZIALISMUS IN EUROPA!

ES LEBE DIE PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS MIT DEM GENOSSEN ENVER HOXHA AN DER SPITZE!



Bild oben: Auf der Ehrentribüne bei der Parade am 29.11.74 in Tirana. Bild unten: An der Spitze der Parade marschieren die Partisanen, die am 29.11.1944 auf dem gleichen Boulevard in die befreite Hauptstadt eingezogen waren.




Massendemonstrationen am 29. November in Tirana. Aufschrift des Transparents: Es lebe das ZK der PdAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze.



Genosse Ernst Aust im Gespräch mit Genossen Mehmet Shehu, Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik Albanien.



Die Volksarmee demonstriert ihre Entschlossenheit, das sozialistische Vaterland zu verteidigen.

# Auszüge aus der Rede des Genossen Ernst Aust Vorsitzender der KPD/ML

Kollegen, Freunde und Genossen!

Letzte Woche ist unsere Delegation von einem 10-tägigen Besuch in der Volksrepublik Albanien zurückgekehrt. Wir waren eingeladen, an den Feierlichkeiten des albanischen Volkes zum 30. Jahrestag seiner Befreiung teilzunehmen....

Beeindruckt hat uns der Empfang des Zentralkomitees und das Essen im Brigadenpalast, wo die Delegationen aus der ganzen Welt sich gemeinsam mit den albanischen Genossen versammelten. Aber was uns besonders tief beeindruckt hat, Freunde und Genossen, war das Gespräch mit dem Genossen Enver...

Vor mehr als einem Jahrzehnt war ich mit einer Delegation der KPD einmal in der Sowjetunion, und wir wurden damals auch vom Zentralkomitee empfangen. Das ging so vor sich: Wir saßen als Delegation am Tisch, die Tür ging auf und „Genosse" Panomajew, einer der Revisionistenhäuptlinge, kam herein, hinter ihm einer, der die Aktentasche trug. Er setzte sich vorne an den Tisch, stand kurz auf, sagte „danke" und hielt ein 1 1/2 Stunden langes Referat über die Lage in Westdeutschland, was wir alles zu tun hätten usw. usf. Wir dachten, dazu wüßten wir auch etwas zu sagen, aber er wußte alles besser. Dann hat er noch gegen China gehetzt und der Emil Carlebach, der heute im D'K'P-Vorstand ist, ist dann aufgestanden und hat gesagt „wir danken dem Genossen Panomajew für seine aufschlußreichen Ausführungen", der Panomajew hat „danke" gesagt und ist gegangen.

Aber bei den Gesprächen mit **dem Zentralkomitee der Partei der Arbeit und dem Genossen Enver Hoxha, sitzen Dir Genossen gegenüber, mit denen Du sprechen kannst, mit denen Du die Meinungen austauschen kannst, keine „Vaterpartei", die sagt, das mußt Du machen und das mußt Du machen usw. Natürlich erzählen uns die Genossen von ihren Erfahrungen und wir lernen von ihren Erfahrungen. Aber sie fragen auch, welche Erfahrungen macht Ihr bei Euch in Westdeutschland, wie sieht es da aus? Man lernt gegenseitig von einander und wir freuen uns über diese Hilfe, das ist eine echte revolutionäre Hilfe für unseren Kampf.**

Die Genossin, die vorhin ihre Eindrücke von ihrem Besuch bei Tante Polixenia vorgetragen hat, brachte etwas zum Ausdruck, was auch wir tief empfunden haben: Die große Liebe des albanischen Volkes zum Genossen Enver. Wo Enver auch hinkommt, in die Fabriken oder zu den Bauern hoch droben in den Bergen, überall schlägt ihm die Liebe seines Volkes entgegen. Er ist der Führer der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes. Und Enver ist der größte Marxist-Leninist hier in Europa.

Enver hat unbeugsamen Mut bewiesen, er hat den Marxismus-Leninismus nicht nur propagiert, er hat nicht nur gesagt, was gemacht werden muß, er ist selbst vorangegangen, hat selbst die Waffe in die Hand genommen. Gegen jeden Widerstand hat er an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus festgehalten, sie konkret auf die Bedingungen Albaniens angewandt, er hat die Erfahrungen des Kampfes in Albanien zusammengefaßt und verallgemeinert, und das ist heute für den Kampf in der ganzen Welt von großer Bedeutung. Er ist aufgestanden und hat dem Chruschtschow die Maske vom Gesicht gerissen, ihm und natürlich dem Genossen Mao Tsetung gebührt ein großer Verdienst an der Tatsache, daß heute auf der ganzen Welt marxistisch-leninistische Parteien existieren, die der moderne Revisionismus nicht zerschlagen konnte. **Nicht umsonst schließt unsere Partei – und das ist sehr gut – in ihren Kampfruf „Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung" auch den Genossen Enver Hoxha ein. Und es ist genau so wichtig, daß wir neben dem Studium der Klassiker des Marxismus-Leninismus auch die Werke des Genossen Enver Hoxha studieren.** Unsere Partei hat zum 30. Jahrestag ein erstes Buch mit ausgewählten Reden und Aufsätzen des Genossen Enver Hoxha herausgebracht und ich bin der Meinung, daß es nicht das letzte sein sollte...

Wir unterhielten uns beim Empfang des Zentralkomitees mit dem Genossen Enver. Ihr wißt, daß Stalin einmal gesagt hat, daß die Hitlers kommen und gehen, das deutsche Volk aber bleibt. Darauf ging Genosse Enver ein und er sagte, das deutsche Volk sei ein fleißiges und diszipliniertes Volk, er wies auf die großen Verdienste unseres Volkes hin, auf die große Tradition unserer Arbeiterklasse, auf Marx, Engels, Bebel, Liebknecht, Luxemburg und Ernst Thälmann. **Er bat uns, der deutschen Arbeiterklasse, den Sympathisanten und Genossen unserer Partei, Euch allen, seine brüderlichen Kampfesgrüße auszurichten.**

**Freunde und Genossen,**

**dieses Vertrauen, das die PdAA in uns setzt, ist für uns eine hohe Verpflichtung, heißt für uns, unsere Anstrengungen im Kampf zu steigern, zu verdoppeln.**

Daß Genosse Enver auf die revolutionäre Tradition des deutschen Volkes eingegangen ist, unterstreicht die Bedeutung dieser Frage...Jeder Genosse, der schon einmal in Albanien war, kennt die tiefe Liebe der Albaner zur revolutionären Geschichte ihres Volkes ihren Stolz auf den jahrhundertelangen Kampf des Volkes für seine nationale Befreiung gegen die Fremdherrschaft, die Verehrung für den Volkshelden Skanderbeg, der einen langjährigen Krieg gegen die Türken führte. Überall in Albanien, vor allem auch in den vielen Museen, ist die Geschichte des Volkes lebendig. Und auch wir sind stolz auf die revolutionäre Geschichte unseres Volkes. Diese Geschichte ist für uns eben nicht, wie die Bourgeoisie lehrt, die Geschichte raffgieriger Kaufleute, machthungriger Könige und profitgieriger Kapitalisten und ihrer reaktionären Lakaien einschließlich Hitlers. Das ist nicht die Geschichte unseres Volkes. Die revolutionäre Geschichte unseres Volkes – das sind die großen Bauernkriege verbunden mit den Namen der großen Bauernführer Thomas Münzer und Jos Fritz, das sind die Befreiungskämpfe unseres Volkes gegen die napoleonische Fremdherrschaft, das sind die Helden auf den Barrikaden von 1848 das sind vor allem unsere großen Führer Marx und Engels, das sind die schlesischen Weber, das ist die Geschichte der ruhmreichen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse, wie sie sich z.B. in der Bayrischen Räterepublik in den Kämpfen der Roten Ruhrarmee oder im Hamburger Aufstand ausdrükken. **Das ist unsere Geschichte, auf die wir stolz sind und die wir fortsetzen werden..**

Aber zurück zu Albanien. Tief beeindruckt hat uns die stählerne Verbundenheit der Partei der Arbeit unter der Führung des Genossen Enver mit dem albanischen Volk, wie sie sich in der Demonstration am 29. ausdrückte. Dieses Bild der Begeisterung und des Kampfeswillens. Dort marschierten

sie, die Veteranen, die als Partisanen mitgekämpft haben, heute 60 bis 70 Jahre alt und älter, die Kampfgruppen der Betriebe, der Jugend und die Volksarmee. **Und jeder spürte, die dort marschieren, werden es niemals zulassen, daß ihre Heimat wieder das Opfer einer faschistischen oder sozialfaschistischen Aggression wird.** Und dann kamen die Volksmassen und der Jubel für die Partei und für Enver klang auf...

Und das kommt auch in der albanischen Kunst zum Ausdruck. Zu unserem Besuchsprogramm gehörte die Teilnahme an der Eröffnung einer Ausstellung über Malerei. Wir haben uns diese Bilder angesehen, Werke des sozialistischen Realismus. Wenn man von der Maltechnik, der Farbgebung usw. ausgeht, waren diese Bilder natürlich ganz unterschiedlich, aber eines war ihnen allen gemeinsam: Du konntest immer erkennen, was auf diesen Bildern dargestellt war, aus diesen Werken sprach das Denken und Fühlen des albanischen Volkes, seine Begeisterung beim Aufbau der neuen Gesellschaft, seine Entschlossenheit im Kampf für den Sozialismus, seine Liebe zur Partei und dem sozialistischen Staat. Und jetzt geht einmal in eine Kunstausstellung bei uns und schaut Euch das an, was Euch da geboten wird...

All das erinnerte mich ein wenig an das Jahr 1951: Weltjugendfestspiele in der DDR. Damals jubelten auch in der DDR die Menschen, da war Kampfbegeisterung da, und als wir zurückkehrten, waren wir begeistert, weil wir unser Volk beim Aufbau des Sozialismus gesehen hatten. Wie könnte und würde die DDR heute aussehen, wenn sie am Weg des sozialistischen Aufbaus festgehalten hätte wie die Volksrepublik Albanien? In Albanien waren die Bedingungen doch viel schwieriger, dort gab es doch kaum Industrie, keine große Arbeiterklasse mit zahlreichen technischen Erfahrungen. Aber die Albaner haben die Picke und das Gewehr in die Hand genommen und in ihrer Heimat den Sozialismus aufgebaut.

Wenn man das Albanien von vor der Befreiung, in dem die Werktätigen in Not und Elend lebten, in dem es nur ein paar kleine Werkstätten gab, in dem die Landwirtschaft in den Händen einiger Großgrundbesitzer die Menschen nicht ernähren konnte, in dem es nur wenige Schulen für die Reichen gab, mit dem heutigen Albanien vergleicht, dem blühenden Agrar-Industriestaat, dann wird klar, was das albanische Volk hier geleistet hat. **...Wozu der Kapitalismus 200 Jahre gebraucht hat, dazu hat dieses kleine Volk knappe 30 Jahre gebraucht. Und das ist ein Beweis für die Überlegenheit des Sozialismus.**

**Aber das Entscheidende und Wichtigste für uns sind nicht die wirtschaftlichen Erfolge des albanischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus, sondern die Tatsache, daß in Albanien die Arbeiterklasse an der Macht ist, daß hier die Diktatur des Proletariats im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten des Volkes verwirklicht ist. Das macht Albanien zum Vorbild für die Völker der Welt.**

Was sich jedem in Albanien einprägt, das ist die Schaffung des neuen Menschen, des Menschen mit hohem sozialistischen Bewußtsein, der nicht durch Individualismus und Egoismus geprägt ist, sondern der als Revolutionär lebt, denkt und arbeitet. Und schaut Euch dabei genau die Rolle der Partei der Arbeit in Albanien an, schaut Euch die Kommunisten in Albanien an. Wie ist das in den revisionistischen Ländern? Wenn Du in der DDR Karriere machen willst, brauchst Du das Parteibuch. Wie sie bei uns in der CDU und SPD sind, so sind die Typen drüben in der „S"ED, wenn sie Karriere machen wollen...

Das genaue Gegenteil in Albanien: **In Albanien Kommunist zu sein, das heißt die schwerste Arbeit zu machen, heißt bei der Lösung aller gesellschaftlichen Aufgaben voranzugehen, heißt sich Tag für Tag zu bewähren. Dort ist es eine schwere Aufgabe, aber auch eine große Ehre, in der Kommunistischen Partei zu sein.** Und das wissen die Menschen dort auch. Wenn beispielsweise ein Arbeiter in die Partei aufgenommen werden soll, dann berät vorher das Kollektiv darüber. Dann fragt die Partei die anderen Kollegen im Betrieb nach ihrer Meinung, ob der Kollege reif ist, Mitglied der Partei zu werden. Und dann werden die guten Eigenschaften, aber auch die Schwächen des Genossen diskutiert. (...)In den revisionistischen Ländern sind es ja vor allem die Intellektuellen, die die sogenannte„Parteibuch-Karriere" machen. Wenn in Albanien ein Intellektueller in die Partei möchte, dann ist das für den keine leichte Sache. Für den heißt es erst einmal, drei Jahre in den Betrieb zu gehen. Der steht dann aber auch wirklich drei Jahre an der Drehbank für den normalen Arbeitslohn, und dann entscheiden die Kollegen, ob das wirklich ein guter Genosse ist und in die Partei gehört. (...) Auch hier zeigt sich also, hier bestimmt die Arbeiterklasse, hier hat sie die Macht...

Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen, wie die Parade am 29. die militärische Abwehrbereitschaft des albanischen Volkes gezeigt hat. Hier steht ein ganzes Volk unter Waffen. Wo Ihr auch hinkommt, in die Fabriken, in die Schulen oder in die LPGs – überall haben die Massen Waffen. Wer es auch immer wagen sollte, Albanien anzugreifen, seien es die Imperialisten oder die Sozialimperialisten, innerhalb einer Stunde würde das ganze albanische Volk ihm mit Waffen gegenüberstehen...Das müssen wir auch allen Kollegen sagen, das leuchtet ihnen ein: **Eine Regierung, die dem ganzen Volk Waffen und Munition gibt, muß ungeheures Vertrauen in dieses Volk haben und umgekehrt muß das Volk großes Vertrauen in seine Regierung haben.** Überlegt Euch doch einmal, wir hätten bei Opel oder bei Hoesch die Gewehre im Spind – das würde die Probleme doch sehr vereinfachen, Kollegen...

**Freunde, Genossen,**

ich möchte zum Schluß kommen. Was können wir als deutsche Kommunisten von Albanien lernen? – Es gibt sehr viele Dinge, aber ich möchte drei besonders hervorheben. Erstens: **Das unbedingte Festhalten an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus.** Genossen, ohne den Opportunismus, ohne den Revisionismus zurückgeschlagen zu haben, ohne den großen Teil der Arbeiterklasse seinem Einfluß entzogen zu haben, werden wir hier in der sozialistischen Revolution nicht siegen können. Deswegen ist es eben wichtig, klar an der revolutionären Linie des Marxismus-Leninismus festzuhalten und sie gegen jeden Angriff, woher er auch kommen mag, zu verteidigen.

Zweitens: **Wir müssen uns auf die eigenen Kräfte stützen.** Genossen, über die Qualität unserer Partei, darüber, ob sie die Vorhut des Proletariats ist, entscheidet niemand anderes als die Arbeiterklasse selbst. Wenn wir die richtige Politik machen, wird sie uns auf dem Weg der Revolution folgen. Das ist das einzige Kriterium. Wir freuen uns sehr über die Einladung in die Volksrepublik Albanien, über die enge Verbundenheit unserer Partei mit dem albanischen Volk, seiner Partei der Arbeit und dem Genossen Enver Hoxha, aber nicht dadurch erweisen wir uns als die Vorhut der Arbeiterklasse unseres Landes, das kann nur unsere Theorie und Praxis beweisen, nur die Tatsache, daß wir vorwärtsstürmen auf den Weg, den die deutsche Arbeiterklasse gehen muß bis zur Revolution.

Drittens: **Wir müssen an der Linie des bewaffneten Kampfes**



Die Frauen Albaniens waren eine aktive Kraft im Befreiungskampf und in der Volksrevolution und sind auch heute entschlossen, die Freiheti und Unabhängigkeit des Landes und die sozialistischen Errungenschaften mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.



Genosse Enver Hoxha, 1. Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens, begrüßt Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, bei einem Empfang des ZK der Partei der Arbeit Albaniens. Rechts neben Genossen Enver Hoxha Mehmet Shehu, Vorsitzender des Ministerrates der VR Albanien.



Vertreter der ausländischen Delegationen besuchen zusammen mit albanischen Genossen die Burg Skanderbegs, unter dessen Führung das albanische Volk gegen die türkische Fremdherrschaft kämpfte.




Am 13.12.1974 berichtete Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, auf einer Veranstaltung in Dortmund vor 600 - 700 Freunden und Genossen über die Eindrücke der Delegation der KPD/ML bei den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag in der VR Albanien.




Anläßlich des 30. Jahrestags der Befreiung und des Triumphs der Volksrevolution in Albanien zeigte die KPD/ML in 14 Städten der Bundesrepublik und in Westberlin eine Phototausstellung über Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa.

festhalten. Wir wissen, daß die Revolution nicht eine Sache von Tagen ist, sondern ein langer Prozeß. Die Revolution kann niemals durch einen Staatsstreich gemacht werden, durch einen Militärputsch, wie das die Revisionisten jetzt in einigen Ländern Lateinamerikas empfehlen. Sie kann auch nicht das Werk einiger Helden sein, die meinen, die Revolution stellvertretend für die Massen machen zu müssen. Sie ist und bleibt das Werk der Volksmassen. Keine Revolution kann siegen, wenn die Massen nicht überzeugt, mobilisiert und organisiert sind. Ohne die Unterstützung der Massen kann es keinen bewaffneten Aufstand geben. Eine revolutionäre Siutation liegt erst dann vor, wenn die Volksmassen nicht mehr so leben wollen, wie bisher, und wenn die herrschende Klasse nicht mehr so herrschen kann wie bisher. Und dazu bedarf es der Vorbereitung. Wie es uns Lenin lehrt, und wie die PdAA es uns in der Praxis ihres Kampfes vorgemacht hat, müssen wir die Massen zur Revolution, zum bewaffneten Aufstand erziehen...**Die Partei ist verpflichtet, die Massen politisch, organisatorisch und militärisch auf die Revolution vorzubereiten, ohne die die Arbeiterklasse sich nicht befreien kann.**

Kollegen und Genossen,
Unter Lenin und Stalin war für die Arbeiterklasse der Welt die Sowjetunion das Vaterland der Werktätigen. Heute ist die Sowjetunion selbst eine imperialistische Supermacht. Damals aber war die Sowjetunion das einzige sozialistische Land der Welt, eingekreist von den imperialistischen Mächten. Und damals haben die Arbeiter in der ganzen Welt und auch die deutsche Arbeiterklasse gesagt, wir verteidigen dieses Vaterland der Werktätigen.

Heute ist das sozialistische Lager durch den Verrat der modernen Revisionisten verraten worden. Es gibt aber noch eine Reihe sozialistischer Staaten, es gibt das große Volkschina und es gibt hier in Europa das tapfere, ruhmreiche Albanien. **Heute ist für uns, für die Werktätigen Europas, Albanien das Vaterland der Werktätigen.** Und wir versichern unseren albanischen Klassenbrüdern, daß wir der ruhmreichen Tradition der KPD, wie sie sich in der Unterstützung des Kampfes des spanischen Volkes, im Kampf gegen Hitler ausdrückte, die Treue halten werden. **Jeder Angriff auf die Volksrepublik Albanien ist ein Angriff auf uns, und wir werden auf ihn antworten, wie unsere Spanienkämpfer geantwortet haben.**

Kollegen und Genossen,
von Albanien und der Partei Envers lernen, heißt siegen lernen. Unser größter Beitrag im Sinne des proletarischen Internationalismus muß darin bestehen, hier in unserem Vaterland die Massen auf die sozialistische Revolution vorzubereiten. Es ist klar, als Kommunisten müssen wir im Betrieb im Kampf vorangehen. Wir müssen das Vertrauen der Kollegen gewinnen und das geht nur durch die tägliche Kleinarbeit, indem wir tagtäglich Seite an Seite mit ihnen stehen. Die Kommunisten müssen vorangehen, wenn es gilt, zu streiken, einen Kampf gegen die Kapitalisten zu führen. Aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben, das ist nicht unsere hauptsächliche Aufgabe. Wir müssen den Kollegen klar sagen: Streik – schön und gut, wir lassen uns nicht die Butter vom Brot nehmen, und mit jedem Streik wächst die Kampferfahrung der **Arbeiterklasse. Aber für uns ist wichtig, daß jeder Streik, jede Demonstration, alles was wir machen und unterstützen, nur dann einen wirklichen Fortschritt für die Arbeiterklasse bringt, wenn es ein Schritt der Arbeiterklasse auf dem Weg zur Entscheidungsschlacht ist, zu der wir eines Tages antreten werden, der Entscheidungsschlacht in der sozialistischen Revolution für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!**

## Es lebe die Freundschaft zwischen dem albanischen und dem deutschen Volk!

## Es lebe der Proletarische Internationalismus!

## Es lebe das albanische Volk und seine ruhmreiche Partei der Arbeit mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze!

---

# ENVER HOXHA



**Ausgewählte Reden und Aufsätze**



VERLAG ROTER MORGEN
NOVEMBER 1974

Anläßlich des 30. Jahrestags der Befreiung und des Triumphs der Volksrevolution in Albanien

Ausgewählte Reden und Aufsätze des Genossen Enver Hoxha im Verlag Roter Morgen erschienen. Das Buch umfaßt 248 Seiten.

Aus dem Inhalt

I. Die internationale Lage und die Aufgaben der Partei
II. Von Titow zu Chruschtschow
III. Über die Befreiung der albanischen Frau
IV. Die Front und die Partei
V. Eine revolutionäre Jugend
VI. Der Kampf der Arbeiterklasse in den revisionistischen Ländern
VII. Für eine weitere Revolutionierung unserer Schule
VIII. Die Arbeiterklassenkontrolle
IX. Die Organisierung der politischen Arbeit
X. 25 Jahre Kampf und Sieg auf dem Weg des Sozialismus
XI. Rede des ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens vor seinen Wählern im Wahlkreis 209 von Tirana, 3.10.1974
Anmerkungen

**Bestellungen an:**
**Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus**
**2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

ZEITSCHRIFTEN AUS DEN VOLKSREPUBLIKEN CHINA UND ALBANIEN

**Albanien heute**

**Deutschsprachige politische Zeitschrift. Erscheint zweimonatlich in Tirana.**

Preis: 12,- DM / Jahr

**NEUES ALBANIEN 4 1974**

**Politisch-gesellschaftliche Illustrierte. Erscheint zweimonatlich in deutscher Sprache in Tirana.**

Preis: 12,- DM / Jahr

**PEKING RUNDSCHAU**

**Eine politische Wochenschrift über China und Weltangelegenheiten.**

| | 1 Jahr | 2 Jahre | 3 Jahre |
|---|---|---|---|
| DM | 12.00 | 18.00 | 24.00 |

**CHINA IM BILD**

**Eine Monatsschrift im Großformat mit reichem Bildmaterial über Chinas neue Erfolge beim Aufbau des Sozialismus auf verschiedenen Gebieten.**

| | 1 Jahr | 2 Jahre | 3 Jahre |
|---|---|---|---|
| DM | 10.00 | 15.00 | 20.00 |

Bestellungen an:
Gesellschaft zur Verbreitung des wissenschaftlicher Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49